

# Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.  
Abonnementpreis M. 1 pro Quartal.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.  
Post-Nr.: 3539.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;  
für die Expedition und den Anzeigenthil: S. Stubbe, Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg-Gimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate  
für die viergespaltene Beitzelle oder deren Raum 30  $\mathcal{M}$ ,  
Bergmüdigungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20  $\mathcal{M}$ ,  
Versammlungsanzeigen 10  $\mathcal{M}$ . Beilagen nach Uebereinkunft.

## Lohnbewegung.

Zugung ist fern zu halten von:  
Drechsler nach Berlin, Grimmitzschau (Bruno Vär & Co., Uhrgehäufabrik), Zirndorf (Dampfdreherei von W. Hörnlein), Dortmund (Firma Feuerbaum), Höchst am Main (Firma Schäfer), Christiania (Norwegen);  
Bau- und Möbelschreiner nach Bielefeld, Dortmund (Worn & Hoenig);  
Tischlern nach Altona-Ottensen (Marcus & Frank), Wiesbaden, Niesky bei Gölzig (Wendt, Inhaber Weitz), Tschöbe, Teterow (Tischlermeister Schwarz), Wilsen an der Luche (Tischlermeister Rabens, Plankestr. 2);  
Maschinenarbeitern, Rahmenschreiner und Polsterarbeitern nach Basing (Gersdorf & Brandenburg), Frankfurt a. d. O. (Hugo Schüler);  
Modellschreiner nach Hamburg (Firma Doose), Ottensen (Firmen Klein und Heß & Niffel);  
Parkettbodentischlern nach Dresden;  
Klavierarbeitern nach Barmen (G. Wihl. Wüh);  
Stockerarbeitern nach Berlin (Gebrüder Noa);  
Wärtemachern nach Mülheim an der Ruhr (Firma S. Wöhlerbrud);  
Korbmachern nach Gröpelingen bei Bremen, Leipzig (Mathesius & Co., Sidonienstr. 61), Dölschhausen (G. Barre).

## Zur Geschichte des Handwerks.

Das Handwerk kam erst unter Karl dem Großen zu einer bemerkenswerthen sozialen Bedeutung.

In dem Kapitular von 812 „De villis imperialibus“ (von den kaiserlichen Landgütern) erließ er Bestimmungen, durch welche er geradezu der Gründer des Handwerkerstandes wurde. Gemäß diesen Verordnungen sollte jeder Oberverwalter in seinem Sprengel für Handarbeiter und Werkverstandige sorgen, welche wieder andere unterrichten sollten.

Auf den kaiserlichen Wirtschaftshöfen erhoben sich Werkstätten, in denen „unfreie“ Leute als Gerber, Schuhmacher, Schmiede in Gold, Silber, Eisen und Erz, Drechsler, Zimmerleute, Schildmacher, Klebstricker, Seifenfieber, Brauer, Bäcker und andere Handwerker ihr Gewerbe ausübten. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß das Schneiderhandwerk in diesen kaiserlichen Erlässen nicht angeführt war und erst viel später zu seiner ehrenvollen Bedeutung kam. Damals war eben das Spinnen, Weben und Kleidermachen ausschließlich das Geschäft der Weiber.

Diese „kaiserlich gehaltenen Handwerker“ waren zwar einer strengen Disziplin unterworfen, doch blieben sie vor Noth geschützt. Allmähig entwickelte sich der Handwerkerstand etwas freier, besonders in den Städten. Wenn die Handwerker auch noch „Hörige“, von ihren Herren abhängige Leute waren, durch ihre Patrone bei Gericht vertreten wurden, keine Waffen tragen durften, so genossen sie doch schon mancherlei Vortheile. Natürlich mußten sie ihrem Herrn Handwerkerzeugnisse liefern nur so weit, als für seinen und seiner Familie Bedarf nöthig war. Als aber später der Herr mit den Handwerksprodukten Handel trieb, als viele Arbeit verlangt wurde und diese Förderung durch Arbeitstheilung erfüllt werden konnte, da erhielten die Handwerker auch Antheil am Gewinn, was früher bei den Lieferungen für den Hausbedarf völlig ausgeschlossen war. Die Handwerker durften sich meist mit dem fünfzehn- bis zwanzigfachen Betrage ihrer früheren Abgaben freikaufen, nicht nur persönlich, sondern was von größter Wichtigkeit war, mit Haus und Grund.

Während also früher die volle Arbeitskraft und der gesammte Arbeitsertrag des hörigen Handwerkers allein seinem Herrn zu Gute kam und er auch bei großem Fleiße kein Eigenthum erwerben konnte, war ihm jetzt die Möglichkeit geboten, sich aus dem schmachtvollen Joche der Dienbarkeit zu befreien. Nach und nach

bildete sich zur Zeit der sächsischen Kaiser im zehnten Jahrhundert der freie Handwerkerstand aus.

In dieser Periode entstand auch die Menge Familiennamen, die sich bis auf unsere Zeit fortgepflanzt haben. Ursprünglich führte jede Person nur einen Namen: Siegfried, Heinrich, Conrad, Dietrich usw. Da nun in volkreichen Orten viele Personen denselben Namen hatten, wurde zur Unterscheidung bei Handwerkern die Bezeichnung ihres Gewerbes hinzugefügt. So nannte man: Heinrich, der Schuster; Dietrich, der Schneider; Karl, der Goldschmied; später kurz: Heinrich Schuster, Dietrich Schneider, Karl Goldschmied.

Zu Anfang des Mittelalters wurden an den großen Höfen die hörigen Handwerker desselben Gewerbes zu Innungen verbunden. Diese fachgenossenschaftlichen Verbände wurden weiter ausgebaut, als ihre Mitglieder die bürgerliche Freiheit erlangten. Die Zünfte ahmten erst in Bescheidenheit und dann immer mehr das Leben der Vornehmen und Reichen nach. Sie hatten ihre Feststuben, wo sie nach Feierabend die Wohlfahrt der Zunftgenossen berieten, Streitigkeiten unter denselben schlichteten, kommunale Angelegenheiten einer oft sehr mißbilligenden Kritik unterzogen und vor Allem den schäumenden Krug fleißig die Kunde machen ließen. Die Zünfte regelten das Leben ihrer Mitglieder nach strengen, starren Satzungen. Alles war bis in's Kleinste vorgeschrieben; jede Rede, jeder Gruß vor „offener Lade“, d. h. in offizieller Zunftversammlung, war bestimmt formulirt, jedes eigenmächtige Abweichen vom Althergebrachten war strafbar.

Es waren überhaupt harte und ungerechte Bestimmungen, die die Zünfte unnachgiebig forderten. So durfte nicht Jeder sich einem Handwerk widmen und in eine Zunft aufgenommen werden. Ausgeschlossen von der Aufnahme waren die Juden, „unehrliche Leute“, z. B. fahrende Leute, Gaukler, Spielleute, Berufsfechter, Scharfrichter, solche, die sich durch ein Vergehen ehrlos gemacht hatten, ferner unehelicher Leute Kinder und unehelich Geborene.

Die Zunftgenossen zerfielen in Meister, Gesellen und Lehrlinge. Erst wenn der Lehrling eine bestimmte Zahl von Jahren gelernt, als Probestück der erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten eine vorgeschriebene Handwerksarbeit selbstständig und fehlerfrei gefertigt hatte, konnte er „vor geöffneter Lade“ zum Gesellen gesprochen werden. Diese Zeremonie war für den Losgesprochenen mit Kosten verknüpft, denn er mußte Meister und Gesellen seiner Zunft gehörig mit Wein oder Bier bewirthten. Der Geselle mußte zu seiner weiteren Ausbildung und Vervollkommnung im Handwerk eine Reihe von Jahren „wandern“, bei fremden Meistern arbeiten und schließlich durch ein Meisterstück seine Befähigung zur Meisterschaft nachweisen. Da die Meister anständig sein mußten, so konnten nur vermögende Gesellen oder solche, welche in das Geschäft eines Meisters hineinheirateten, selbstständig werden.

Es gab aber auch Handwerker, die, ohne zünftig gelernt und das Meisterrecht erworben zu haben, außerhalb der Zunft, besonders auf Dörfern, ihr Gewerbe trieben. Diese nannte man „Hönbauer“, weil sie aus Furcht vor den Ueberfällen der Zünftigen sich auf den Hausboden (Hön) zu verstecken pflegten.

Wie in sozialer, so hob sich auch in politischer Beziehung der Handwerkerstand. Die Zünfte, ursprünglich zur Wahrung gewerblicher Interessen geschaffen, erhielten der herrschenden Pfaffenmacht und dem Adel gegenüber eine politische Bedeutung. Sie hatten ihre eigenen Herbergen, Zeughäuser, Banner und Führer. Der kriegerische Sinn des Mittelalters fand in ihrer Lust am Waffenpiel, dem sie nach vollbrachter Arbeit die Stunden der Erholung opferten, Ausdruck. Es

konnte daher nicht ausbleiben, daß mit dem wachsenden Bewußtsein ihrer Macht, ihres Gewichtes, ihrer Tüchtigkeit auch der Wunsch nach einer gerechten und menschenwürdigen sozialen Stellung in ihnen erwachte.

Verbunden mit der reichen Kasse der Kaufherren, wurde dem Fürsten oder Lehnherren der Krieg erklärt. Manah trauriges Bild hat die Geschichte aufzuweisen. Der Adel und die Pfaffen boten Alles auf, um den dritten Stand, das Bürgerthum, zu knebeln; doch die Bebrücker unterlagen und der Bürger kam im Vorschritte der Zeit zu einer gerechten sozialen Stellung.

## „Die Jahresberichte der bayerischen Fabrik- und Gewerbeinspektoren für 1898“

sind bereits, als die ersten von allen deutschen ähnlichen Berichten, auf dem Plane erschienen. Abgesehen von dieser angenehmen Präzision enthalten sie so viel Interessantes, daß es sich wohl verlohnt, auch die Leser unserer Zeitung damit bekannt zu machen. Wie alljährlich, so hat auch diesmal der Inspektor Karl Boellath in München den Einzelberichten eine allgemeine Einleitung vorangestellt. Darnach war das Wirtschaftsjahr 1898 ein überwiegend gutes. Selbst die Schädigungen, welche die Mehrzahl der Exportindustrien durch den spanisch-amerikanischen Krieg erlitten hatten, konnten bald wieder ausgeglichen werden. — Zur Zeit sind in Bayern 8031 Fabriken und 92 987 Handwerksbetriebe mit 433 247 männlichen, 90 855 weiblichen, zusammen 524 102 Arbeitern der Gewerbeaufsicht unterworfen. In den Fabriken haben seit dem Vorjahre die jugendlichen Arbeiter um 5,7 pZt., die männlichen Arbeiter über 16 Jahre um 9,3 pZt., die weiblichen Arbeiter über 16 Jahre um 1,2 pZt. zugenommen; im Handwerk betragen die entsprechenden Zahlen 0,5, bezw. 3,0, bezw. 3,8. Im Ganzen ist aber das gegenseitige Stärkeverhältnis der männlichen und weiblichen, der jugendlichen und erwachsenen Arbeiter ziemlich gleich geblieben. Im Berichtsjahre (die Zahlen für das Vorjahr sind in Klammern) wurden in 8830 (8091) Anlagen 9134 (8381) Revisionen vorgenommen. Im Ganzen wurden 8,7 (7,9) pZt. aller revisionspflichtigen Anlagen inspizirt; darin befanden sich 37,9 (36,5) pZt. der im Kataster eingetragenen Arbeiter. Bei der Revisionsthätigkeit sind die Handwerksbetriebe wenig berücksichtigt worden, wie aus folgender Aufstellung hervorgeht: Es wurden inspizirt von 100 der Aufsicht unterstellten

	Fabriken	Handwerksbetriebe
im Jahre 1896.....	40,7	11,7
„ „ 1897.....	45,8	5,0
„ „ 1898.....	50,9	5,0

Das ist natürlich zu wenig, und da man wohl annehmen darf, daß die Inspektionsbeamten ihr Möglichstes thun, wird man nicht umhin können, ihre Zahl entsprechend zu vermehren. Die Handwerksbetriebe bedürfen der Revision eher mehr als die Fabriken, denn weniger, doch dürfen selbstverständlich auch diese nicht vernachlässigt werden. Gegenwärtig beträgt der gesammte Personalbestand der bayerischen Fabrikinspektion, einschließlich zweier männlicher und zweier weiblicher im Berichtsjahre neu ernannter Hilfsarbeiter, 19 Beamte. Da das Institut der bayerischen Fabrikinspektion jetzt auf eine zwanzigjährige Thätigkeit zurückblickt und mit einem Stande von drei Beamten begann, ist das Korps in dieser Zeit um 16 Personen vermehrt worden. Das ist ein hübschen wenig, wenn man den großen industriellen Aufschwung der letzten Jahrzehnte in Betracht zieht.

Aber leider ist es ja bekannt, daß der Staat für derartige kulturelle Aufgaben eben kein Geld zur Ver-

fügung hat, da Kanonen, Kasernen und Kriegsschiffe zu viel kosten.

Neuerst interessant ist Dasjenige, was die Berichte über die Verhältnisse der Aufsichtsbeamten zu den Unternehmern einerseits und den Arbeitern andererseits sagen.

Der Verkehr der Inspektoren mit den Arbeitgebern ist im Allgemeinen lebhafter geworden, doch wird abermals darüber geklagt, daß zahlreiche Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften, sowie die ablehnende Haltung vieler Unternehmer gegen Anordnungen der Aufsichtsbeamten, welche die Wohlfahrt der Arbeiter bezweckten, das Einvernehmen zwischen einem Theile der Arbeitgeber und den Beamten beeinträchtigen. Man ersieht daraus, daß die Arbeiter Grund genug zu Klagen haben.

Derjenige, der die Vorsicht kennt, mit welcher die Beamten die Herren Unternehmer behandeln und der außerdem etwas zwischen den Zeilen zu lesen versteht, wird instinktiv fühlen, daß das Unternehmertum sich noch immer gegen eine Beaufsichtigung sträubt und in den Aufsichtsbeamten Leute erblickt, die ihm den „eblen“ Beruf der Profitmacherei ganz unnötigerweise erschweren. Die „Herren“ können sich eben nur schwer an das Dischen Arbeiterschutz gewöhnen und da sie von maßgebender Seite aus Rückenstärkung finden gegen die „begehrlichen Arbeiter“, so werden die Beamten, wenn sie pflichtgemäß durchgreifen, noch häufig Anlaß zu Klagen haben.

Auch mit den Arbeitern trafen die Aufsichtsbeamten häufiger in Verkehr, und das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Gewerbeinspektion nimmt in erfreulicher Weise zu. Doch wird abermals darüber geklagt, daß diese Beziehungen der Beamten zu den Arbeitern mehrfach bei Arbeitgebern Mißtrauen und Anstoß erregt haben, wodurch wieder die Arbeiter in ihrem Verhalten den Inspektoren gegenüber ängstlich geworden sind. Ein bekanntes Kapitel vom Arbeitgeberterrorismus! Ihm begegnet man in solchen Fällen am besten durch jene Organe, welche die Klagen der Arbeiter den Beamten vermitteln (Beschwerdekommissionen u.). Leider lehnen aber viele Inspektoren beharrlich es ab, mit diesen Vermittlungsorganen in Verkehr zu treten, so besonders in Preußen und Sachsen. Die bayerischen Inspektionsbeamten sind aber einsichtig genug, das nicht zu thun, vielmehr betonen sie ausdrücklich den günstigen Einfluß, den jene Vermittlungsorgane auf den Verkehr zwischen Inspektoren und Arbeiterschaft ausüben.

Es ist ein Beweis steigender sozialpolitischer Einsicht, daß man beginnt — in Bayern wenigstens — die Arbeiterorganisationen als berechtigte Institutionen anzuerkennen. Allerdings ist es noch ein weiter Schritt bis zu der in anderen Ländern geltenden Anschauung, daß die Behörden in ihrem eigenen Interesse handeln, wenn sie mit den von den Arbeitern geschaffenen Berufsorganisationen in einen regelmäßigen Verkehr treten.

Bemerkenswerth ist, was der Bericht über die Organisationen sagt. Die Organisation der Arbeitgeber hat festere Formen angenommen, besonders im Baugewerbe. Den Organisationsbestrebungen der Arbeiter aber bringen die Arbeitgeber vielfach „eine ausgesprochene Abneigung“ entgegen. Beispielsweise wird aus der Pfalz und Oberfranken berichtet, daß Arbeitern von Unternehmern direkt oder indirekt verboten wurde, gewissen Arbeiterverbänden anzugehören. Dazu bemerkt der Bericht: „Es kann aber doch als feststehend angenommen werden, daß ein solches Verfahren dem Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitern nicht förderlich ist. Im Gegentheil, nach den bisherigen Erfahrungen ist dieser Friede um so gesicherter, je weniger es die Arbeitgeber grundsätzlich ablehnen, mit den Vertretungen der Arbeiterschaft in einen geordneten Verkehr zu treten.“ Das ist einmal ein wahres Wort! Es ist schön, daß die bayerischen Inspektoren so fortgeschrittenen Anschauungen huldigen, aber es ist auch schön, daß sie ihnen Ausdruck geben dürfen. Aber trotz des erwähnten Unternehmerterrorismus haben die Arbeiterorganisationen Fortschritte gemacht. Und man höre man, wie freimüthig der Bericht über die Arbeiterbewegung sich ausdrückt:

„Es ist schon in der vorjährigen Einleitung bemerkt wurde, daß die Arbeiterbewegung unter bestimmten Voraussetzungen ein mächtiges Mittel zur Bewahrung und Herstellung der öffentlichen Ordnung ist. Die Voraussetzungen — Vermehrung der Zahl der Arbeiter, die Unterwerfung und dauernde Beaufsichtigung des Arbeiters durch den Arbeitgeber — sind auch im Berichtsjahre in der Gänze erfüllt worden. Der einschneidende industrielle Aufschwung, welcher die Arbeiterbewegung an der Bekämpfung ihrer Arbeitsbedingungen zu thun, die Größe dieser Bemühungen aber nur noch weniger gering, daß dadurch die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in der Gänze sich bessert.“

kennen, aus einem der größeren Aufsichtsbezirke wird auch berichtet, daß sich die Arbeiter trotz des Umfangs und der Schärfe der dazugehörigen Streikbewegung im Allgemeinen in den Grenzen des Koalitionsrechtes hielten. Hierzu mag bemerkt werden, daß im Berichtsjahre in München zum ersten Male wegen Streikpostensiehens aus § 360 Ziffer 11 des Strafgesetzbuches ein gerichtliches Erkenntnis gefällt worden ist.“

Es wäre wünschenswerth, daß Stumm und die Stummlinge diese Worte nicht nur läsen, sondern auch beherzigten. Vielleicht könnte es auch nicht schaden, wenn die verantwortlichen und unverantwortlichen Rathgeber des deutschen Kaisers diese vernünftige Ansicht der bayerischen Inspektoren einmal gehörigen Ortes zum Vortrag brächten und das Material gegen die angekündigte Zuchthausvorlage benutzten. Uebrigens drängte sich uns beim Lesen dieses Theils des Berichtes wieder einmal die Ueberzeugung auf, daß alle diejenigen Sozialpolitiker Freunde der Arbeiterorganisationen sind, die deren Wirken und Streben unbefangen beobachtet und geprüft haben und daß die Feinde sich aus denjenigen Leuten rekrutiren, die sie entweder nicht kennen oder sich in ihren Geldbeutelinteressen gekränkt fühlen.

Im Weiteren führt der Bericht noch aus: „Die Arbeitszeit ist nach wie vor in den Fabriken vorwiegend eine zehn- bis elfstündige, in den Handwerksbetrieben eine elf- bis zwölfstündige. Im laufenden Jahre wird Bayern eine umfassende Erhebung über die Arbeitszeiten in der Industrie vornehmen. In Bezug auf die Uebertretungen der Bestimmungen über die Arbeitszeit jugendlicher und weiblicher Personen, kann von einer Besserung nicht gesprochen werden! Auf dem Gebiete der Unfallverhütung ist ein gewisser Fortschritt zu verzeichnen, doch zeigt die große Zahl der Unfälle, wie groß und ernst die Aufgaben sind, die noch der Lösung harren. Die Löhne haben theils auf der bisherigen Höhe sich gehalten, theils sind sie erhöht worden, doch wurde diese Erhöhung vielfach durch die Steigerung der Lebensmittelpreise wieder wett gemacht, so daß in einigen Gebieten die Arbeiter trotz gleichen oder höheren Nominallohnes schlechter gestellt waren als früher“ — eine Erscheinung, die in den letzten Jahren an den verschiedensten Orten, nicht etwa nur in Bayern, beobachtet wurde und eine treffliche Illustration ist zur Wirkung der Getreibezölle und Viehsperrern.

Noch ein interessantes Thema behandeln die Berichte in Folgendem:

Im Berichtsjahre wurden in Bayern zum ersten Male weibliche Hilfskräfte zum Gewerbeaufsichtsdienst herangezogen. Sie führen den Titel „Funktionärin“ und haben ihren Sitz in München und Nürnberg. Ihnen ist zunächst die Revision der Betriebe und ausschließlich oder vorwiegend weiblicher Arbeiterschaft zugewiesen, zugleich aber ihre anderweite Verwendung offen gelassen. Bei den Revisionen haben sie die Befugnisse und Rechte der Gewerbeaufsichtsbeamten. Im Berichtsjahre wurden von den Funktionärinnen 109 Betriebe inspiziert und dabei 102 Beanstandungen erhoben. Die Aufnahme der weiblichen Revisionsbeamten war sowohl bei den Arbeitgebern, wie bei den Arbeiterinnen eine befriedigende. Herr Boellath urtheilt nun, „die gemachten Erfahrungen lassen selbstverständlich noch kein abschließendes Urtheil über die Bewährung der weiblichen Hilfskräfte zu, immerhin ist deren bisherige Thätigkeit im Aufsichtsdienste eine zufriedenstellende zu nennen.“ Also ein guter, erfreulicher Anfang ist gemacht, und wir sind sicher, daß die Bedenken, die gegen die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren erhoben wurden, immer mehr schwinden werden. Daß Süddeutschland in dieser Frage vorangeht und Preußen nachhinkt, oder richtiger: noch ganz stille steht, ist für den größten deutschen Bundesstaat kein Ruhm. So macht man „moralische Eroberungen“ nicht. Die bayerischen Funktionärinnen werden nun, da sie in ihre Thätigkeit völlig eingeführt sind, auch zur Beobachtung und Erhebung der Verhältnisse in der Hausindustrie herangezogen werden, ferner bei den Ermittlungen, die in diesem Jahre über die Beschäftigung verheiratheter Frauen in Fabriken vorzunehmen sind, in ausgedehntem Maße Verwendung finden. Bei dieser Erhebung wird sich — wir zweifeln daran nicht — deutlich zeigen, wie nöthig bei Untersuchungen über Zustände in der weiblichen Arbeiterschaft die Mitarbeit der Frau ist. Wir glauben voraussetzen zu können, daß diesmal diejenigen Inspektionskorps die besten Enqueten liefern werden, denen weibliche Hilfskräfte zur Seite stehen, denn keinem Manne werden Frauen sich so anvertrauen, wie einer Frau. Ueber gewisse Vorgänge im weiblichen Organismus u. und ihre Schädigung durch die Berufsarbeit sprechen Frauen gar nicht oder nur ungern und nicht offen zu Männern, und gerade ist doch die Kenntniß dieser Dinge erforderlich, um Maßnahmen ergreifen zu können, die ganze Generationen vor schwerem Schaden bewahren. Daß man in Preußen eine Enquete über Frauenarbeit vor-

nimmt ohne eine einzige „Funktionärin“, ist bezeichnend. Es zeigt, daß hier die maßgebenden Kreise immer noch glauben, der Mann könne Alles und die Frau Nichts, außer Kochen, Stricken und Waschen.

Der Bericht schließt: „Im Ganzen genommen weist also auch das abgelaufene Jahr keinen Stillstand in der Hebung der arbeitenden Klassen auf. Manches ist in dieser Hinsicht erreicht worden, Vieles bleibt noch zu thun übrig. Auf dieser Erkenntniß, in welcher sich mit den unmittelbar beteiligten Arbeitern alle staats-erhaltenden Elemente begegnen, beruht die Nothwendigkeit der Weiterführung sozialer Reformen.“ Wenn dieses Kompliment an „alle staats-erhaltenden Elemente“ auf Bayern sich beschränkt, so mag's hingehen. In anderen, nördlicher gelegenen Bundesstaaten lassen die, die mit Vorliebe und Orientation sich „staats-erhaltend“ nennen, wahrhaftig arg viel zu wünschen übrig. Ja, wenn Alle so dächten, wie die bayerische Gewerbeinspektion, da gab's gute Arbeit.

Leider aber weht nördlich der Mainlinie der Wind zu sehr aus Saarakarien und Puttkamerun, als daß man auf eine vernünftige sozialpolitische Erkenntniß hoffen dürfte. Dadurch aber werden sich die organisirten Klassenbewussten Arbeiter nicht abhalten lassen, das energisch in Angriff zu nehmen, was sie als zu ihrem Heile dienend erkannt haben.

### Die friedlich vereinbarte neunstündige Arbeitszeit, die Tischlerinnung und der Arbeitgeberverband in Hamburg.

Am 3. September 1897 wurde zwischen der Tischlerinnung und der Sektion der Tischler des Solzarbeiterverbandes vereinbart, vom 1. Januar 1898 an die neunstündige Arbeitszeit auf ein Jahr probeweise einzuführen. Der letzte Zusatz kam eigenthümlich zu Stande.

Bei der Unterhandlung zwischen dem Vorstande der Innung und der Lohnkommission war von einer probeweisen Einführung der neunstündigen Arbeitszeit keine Rede gewesen, sondern die Meister waren fast sämmtlich bedingungslos für die Reduzierung der Arbeitszeit, nur wollte man der Innungsversammlung in der Beschlußfassung nicht vorgreifen. In der Innungsversammlung, wozu die Lohnkommission der Arbeiter eingeladen war, wurde auch von keinem Redner erwähnt, die Arbeitszeit nur probeweise auf ein Jahr zu verkürzen, sondern sämmtliche Redner waren mit der Forderung: „Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden“, einverstanden, nur glaubte man, die sonst noch aufgestellten Forderungen nicht bewilligen zu können. Vor der Abstimmung machte nun ein Lohnkommissionsmitglied eine ungeschickte Redewendung, welche sofort der Obermeister Stromm benutzte, um jetzt nicht bloß über die Forderung der neunstündigen Arbeitszeit abstimmen zu lassen, sondern bei der Abstimmung hinzuzufügen: „Nur probeweise auf ein Jahr einzuführen.“ Zwar sahen sich verschiedene Innungsmeister verbittet an, aber man ließ sich dieses Anhängel gefallen, hatte doch ihr schlauer Obermeister im letzten Augenblicke noch gerettet, was für sie noch zu retten war.

Daß es verschiedenen Meistern, und namentlich dem Obermeister, nicht ernst war, die Arbeitszeit zu verkürzen, war sofort sämmtlichen Lohnkommissionsmitgliedern klar, und am 1. Januar zeigte es sich auch, daß bei einem großen Theil Arbeitgeber die Arbeiter erst darauf drängen mußten, damit die neunstündige Arbeitszeit eingeführt wurde. Im April war aber die Lohnkommission in der glücklichen Lage, berichten zu können, daß in sämmtlichen Geschäften, mit Ausnahme von ein paar Solzbearbeitungsfabriken und den Schiffswerften, die neunstündige Arbeitszeit eingeführt sei.

Die Innung gehörte aber auch dem Arbeitgeberverbande an, und der Vorstand desselben hatte bereits inzwischen dem Obermeister die heftigsten Vorwürfe gemacht, daß die Innung den Tischlern friedlich die neunstündige Arbeitszeit bewilligt habe, woran aber der Obermeister gar keine Schuld hatte. Nun begann der Kampf gegen die neunstündige Arbeitszeit, und es gelang auch dem Arbeitgeberverbande in einer Fabrik, wo bereits die Arbeitszeit geregelt war, den Fabrikanten zu bewegen, die frühere Arbeitszeit wieder einzuführen, und in einer anderen Fabrik in Altona, wo die Arbeiter wegen der Arbeitszeit in den Streik getreten waren, genügend Arbeitswillige heranzuschaffen, wodurch der Streik verloren ging.

Die Innung, welche wegen der Konkurrenz doch eben so viel Interesse an der Durchführung einer einheitlichen Arbeitszeit haben mußte wie die Gesellen, ließ den Arbeitgeberverband ruhig gewähren und machte als Mitglied keinerlei Anstrengungen, diesem Streben entgegen zu treten. Obgleich nun der Arbeitgeberverband bei dieser Bewegung schlecht abgesehen hatte, indem es ihm nur in zwei Fabriken gelungen war, die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit zu inhibiren, so berichtet doch der Sekretär in seinem Jahresberichte, daß es dem Verbande möglich gewesen sei, die Durchführung der neunstündigen Arbeitszeit bei den Tischlern abzuwenden.

Diese Vorbeeren kann man ja dem Arbeitgeberverbande gern gönnen, um so mehr gebühren ihm diese, weil die Führer desselben auf allen ihren Zusammenkünften stets dafür eintraten, auf friedlichem Wege die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln, also das verlangen, was die Tischler gethan hatten. Aber weil jene Herren beschränkter, daß andere Berufe nachfolgen könnten, mußte diese friedliche Vereinbarung hintertrieben werden.

In den letzten Monaten des vorigen Jahres kündigten denn auch bereits verschiedene Arbeitgeber an, daß am 1. Januar 1899 die 9stündige Arbeitszeit wieder eingeführt werde. Aber es mußte der Innung doch wohl schwer gefallen sein, eine Form zu finden, um die Arbeitszeit wieder zu verlängern, um so mehr, weil inzwischen die Zwangsinnung in Kraft getreten war und man noch nicht recht wußte, wie sich die neu gebildeten Zwangsinnungsmitglieder hierzu stellen würden; hatte sich doch bei der Wahl des Vorstandes eine Opposition bemerkbar gemacht und eine große Minorität gegen den langjährigen Obermeister Stromm gestimmt, welcher, nebenbei bemerkt, seit

Jungen Jahren keine Tischlerei mehr betreibt, sondern Agent einer Feuerversicherung ist.

Dieser „Auchmeister“, welcher auf verschiedenen Innungstagen, wie auf dem Medlenburger zc., gegen die unverschämten Forderungen der Gesellen losbornerete, aber in Hamburg einzelnen Lohnkommissionärsmitgliedern gegenüber sich feils als der Wohlwollendste aufspielte, hatte die neunstündige Arbeitszeit schon viel Bauchschmerzen verursacht und, man sollte es kaum für möglich halten, wenn man es nicht schwarz auf weiß vor sich hätte, wie leicht er sich von dieser Krankheit, womit er sich seit einem Jahre herumschlägt, kurirt hatte.

In Nr. 9 des „Deutschen Tischlermeister“ steht ein Versammlungsbericht, nach welchem der Obermeister einfach in der Versammlung erklärte:

„Daß die Mitglieder von dem am 3. September 1897 gefaßten Beschluß bezüglich des neunstündigen Arbeitstages entbunden seien, da die an dieselben geknüpften Bedingungen nicht allseitig erfüllt worden sind.“

Nach dem Bericht hat sich der Vorstand mit dieser Sache vorher nicht beschäftigt, auch hat man diese Mitteilung nicht zur Diskussion in der Versammlung gestellt, sondern der Obermeister hat sich für berechtigt gehalten, die Mitglieder von der Vereinbarung zu entbinden, ohne vorher den Gesellen davon Mitteilung zu machen und ohne vorher mit dem Gesellenausschuß zu verhandeln. Daß sich die Arbeitgeber eine derartige Paschawirtschaft ruhig gefallen lassen, darüber braucht man sich nicht zu wundern, aber wie der pfiffige Obermeister sein Vorgehen mit dem § 45 des Statuts seiner Innung, welcher lautet:

„Entstehen zwischen den Mitgliedern der Innung und der Gesellenschaft Streitigkeiten über die Regelung des gegenseitigen Verhältnisses, namentlich über Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit und Lohnsätze, so soll durch gemeinsame Berathung des Innungsvorstandes und des Gesellenausschusses eine Einigung darüber versucht werden. Bei diesem Anlaß ist ein Vorsitzender dieses Einigungsamtes von der Aufsichtsbehörde zu ernennen.“

vereinbaren will, möchten wir doch gern erfahren. Oder soll diese Bestimmung nur eine Dekoration zum Statut sein? Dann wäre es aber besser gewesen, man hätte es gleich dabei gebrückt. Daß eine Innungsversammlung sich so leicht über eine statutarische Bestimmung hinwegsetzt, ist bezeichnend für den Geist, welcher in einer solchen Versammlung herrscht.

Inwiefern die Mitglieder der Tischlerinnung ihrem Pascha folgen werden, wird sich ja bald herausstellen. Dessen können sich aber die Herren Meister versichert halten, daß sich die Arbeiter die seit einem Jahre eingeführte neunstündige Arbeitszeit nicht wieder entreißen lassen werden. Sollten einige Arbeitgeber auf die Probefation ihrer Führer hineinfallen und es zum Kampfe wegen der Arbeitszeit kommen, so mögen sie sich später bei ihrem Obermeister und Arbeitgeberverband die Rechnung quittieren lassen, welche darauf ausgegangen sind, die zwischen Arbeitgebern und Gesellen getroffene friedliche Vereinbarung zu durchbrechen.

Rundschau.

Ueber das Dresdener Zuchtthausurtheil schreibt die „Soziale Praxis“: Das ist furchtbar, herzerreißend! Die That trunkenen Rohheit erforderte Sühne; die Angeklagten hatten sich schwer vergangen, sie mußten harter Strafe gewärtig sein, das erforderte die Gerechtigkeit. Aber diese Strafe überschreitet doch weit jedes zulässige Maß, sie konnte nicht schlimmer sein, wenn jeder von den Beurtheilten ein im Zorn vernichtetes Menschenleben auf dem Gewissen hätte — ja, wie oft wird ein Todesschlag milder bestraft! ... Auch in der bürgerlichen Presse findet das Urtheil nur da Zustimmung, wo man überhaupt jede Gewaltmaßregel gegen Arbeiter billigt. Daß gerade in Sachen die Gegensätze zwischen Bürgerthum und Arbeiterbewegung besonders scharf sind, ist bekannt; ein Urtheil, wie das über den Löbtauer Baukravall, zeigt die Gefahr dieser Zerklüftung eines Volkes in hebrohlichen Richte. Nachträglich erhalten wir Kenntniß von einer offiziellen Darstellung des Prozesses im „Dresd. Journal“; wir haben indeß keine Veranlassung, an unserer Auffassung etwas zu ändern. — Was sagen König Stumm und die anderen Prügel-Politiker hierzu?

Ein netter Junge! Die Hauptrolle im Dresdener Zuchtthausprozess spielte bekanntlich der von etlichen der verurtheilten Arbeiter mißhandelte Bauunternehmer Klemm. Dieser als völlig glaubwürdig vereidete Hauptbelastungszeuge wird nun von der bürgerlichen Presse als ein völlig harmloser Mensch und Ehrenhingelegt. Zur Charakteristik über die wahre moralische Beschaffenheit dieses Mannes, der nichts weniger als ein Ehrenmann mann, auch nach bürgerlichen Begriffen, genannt werden kann, dürften folgende, den genauen Thatfachen entsprechende Angaben dienen. Darnach erscheinen die Ausschreitungen der so schwer Verurtheilten in noch milderem Lichte. Klemm lag nicht nur häufig mit den von ihm beschäftigten Arbeitern, die oft ihren Lohn sehr schwer bekommen konnten, sondern auch vor Allem mit seinen zahlreichen Gläubigern, von denen er eine ganze Anzahl „hineingelegt“ hat, in Differenzen. Aus diesem Grunde scheinert er die Schieberei förmlich gewohnheitsmäßig betrieben zu haben; den Revolver hatte er meistens bei der Hand. Wir haben fünf Fälle festgestellt, in denen Klemm Arbeiter und auch andere Personen mit dem Revolver bedroht oder geschossen hat. Einmal wurde ihm schon von einem Gendarm die Schußwaffe weggenommen, er redete sich in dem Falle damit heraus, das Ding sei beim „Ruhen“ losgegangen. Ein anderes Mal wurde er von seinem Vater und seiner Frau zurückgehalten. In einem Falle bedrohte er die ihren Lohn fordernden Arbeiter mit dem Revolver. Auch sonst war er als gewaltthätiger Mensch bekannt — Niemand wollte mit ihm gern zu thun haben. Ueber ihn bedrängende Gläubiger äußerte er einmal: „Mit der Hand werde ich einmal gründlich aufräumen.“ Einen Zimmermann auf seinem Bau ohrfeigte er, ebenso einen Brunnbauer, welcher sein zu forderndes Geld haben wollte. In einem Restaurant verlegte er einem Anderen — Klemm ist ein großer, starker Mann — ein paar wuchtige Ohrfeigen, so daß dieser vom Stuhle fiel. Einmal drohte er Arbeitern, sie die Treppe hinunter zu stürzen, und lief dann mit einem Stück Eisen in der Hand hinter ihnen her. Einen Ziegelträger hat er blutig geschlagen. Im Jahre 1896, als die Bauarbeiter gerade die zehnstündige Arbeitszeit errungen hatten, zwang er „seine“ Arbeiter, von früh 5 Uhr bis Abends 8 Uhr zu arbeiten — und zwar nur, um gegen die Arbeiter zu demonstrieren. An Arbeitern war damals kein Mangel. Klemm ist ferner in seinem geschäftlichen Gebahren

als Wechselreiter geradezu berüchtigt. Er verstand das Fach eines „modernen“ Bauunternehmers aus dem ff. Zahlreiche Kleinhandwerker hat er ganz oder theilweise auf geschickte Weise um ihre Forderungen gebracht. Ein kleiner Tischlermeister ist durch seine Geschäftsverbindung mit Klemm bankrott geworden, er büßte in einem einzigen Falle M. 400, ein Klempnermeister M. 500 ein. Einen anderen kleinen Geschäftsmann, dem er eine Baustelle abkaufte und mit einem Wechsel bezahlte, den er nicht einlöste, brachte er um M. 450. Nicht einmal lumpige M. 50, die K. einem armen Tischler schuldete, bezahlte er; er vermiß den Mann auf den Miethsertrag „seines“ Hauses, auf das er gar kein Recht mehr hatte. Die Unfallberufsgenossenschaft hat den Klemm zum Offenbarungseide gebrängt, weil er hier nicht einmal die Beiträge zahlte. Die ausgelagerten Wechsel befinden sich als werthloses Papier in den Händen der Gläubiger, da Klemm absolut nichts hat. Ein paar Steinbrüche gehören formell seinen Kindern. Die Bauten, die er ausführte, sind allgemein als Schwindelbauten bekannt. In Leuben, wo er früher wohnte, bekommt er deshalb überhaupt keine Baugenehmigung mehr. Diese von uns hier herausgegriffenen und auf ihre Richtigkeit hin geprüften Fälle lassen sich sicher bedeutend vermehren. Klemm hat sich so in allen Kreisen verhaßt gemacht. Ueberall, wo man ihn näher kennt, geht man ihm wegen seiner Handlungsweise aus dem Wege. Bemerkte sei wiederholt, daß Klemm ein paar Tage nach der Löbtauer Prügelei vom Balkon herab den Arbeitern schon wieder Anweisungen gegeben und eigentlich fest gelegen überhaupt nicht hat. Wegen seiner Rohheit hat Klemm übrigens schon früher einige Male Prügel von Arbeitern bekommen, was wir zwar nicht billigen, was aber doch zur Charakteristik des Mannes und der ganzen Angelegenheit aufklärend ist.

So sieht der Hauptzeuge aus, dessen Mißhandlung Dresdener Apotheker, Oberförster, Rittergutsbesitzer und Richter mit 53 Jahren Zuchtthaus und 8 Jahren Gefängniß bestrafen zu müssen glauben!

Ein katholischer Bischof über Arbeitervereine.

Der neugewählte Bischof von Freiburg (Breisgau) hat jüngst gelegentlich einer vom katholischen Arbeiterverein daselbst veranstalteten Feiertagsfeier folgende Erklärung: Er stelle sich ganz auf den Standpunkt der Apostel, die zuerst zu den Arbeitern gegangen seien. Die Arbeiterbevölkerung müsse dem Herzen des Bischofs am nächsten gelegen sein; sie sei auch die Klasse der Menschheit, in der die Wirksamkeit des Bischofs am dankbarsten aufgenommen werde und am fruchtbarsten ist. Der Arbeiterverein sei der richtige Boden für die christlichen Arbeiter, um ihren Beruf mit innerer Zufriedenheit zu erfüllen und jenes Maß von Glück zu gewinnen, das überhaupt dem Menschen erreichbar ist. Gern werde er ihr Führer sein, durch Wachsamkeit über die Vereine, durch die Liebe, die er ihnen widme, und ganz besonders dadurch, daß er keine Gelegenheit veräumen werde, seinem Klerus an's Herz zu legen, daß er sein Hauptarbeitsfeld bei den Arbeitern suche.

So viel Worte, so viel Phrasen! Zum Unglück für diese Herren mit dem „warmen Herzen“ und der „christlichen Nächstenliebe“ haben die Arbeiter einsehen gelernt, daß man mit solchen Redensarten keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlockt. Dem Kapital gegenüber hilft kein Maulspitzen, es muß eben gepfiffen werden; das Kapital pfeift ja selbst auf Christenthum, Humanität und andere schöne Sachen.

Theologische Ethik. In Luthardt's „Compendium der theol. Ethik“ lesen wir S. 352 (2. Aufl.): „Das moderne Kampfmittel der sogenannten Streiks ist verwerflich und unethisch, weil ein Kriegszustand, eine Schädigung der Anderen im eigenen Interesse und zugleich ein Schaden für das Ganze nach allen Seiten, eine Verheerung der Gesinnung, Verführung zur Arbeitslosigkeit, eine sittliche und ökonomische Schädigung. Daß sie gesetzlich nicht verboten sind, ist ein Widerspruch mit den sittlichen Grundsätzen der Gesetzgebung, aus abstraktem Freiheitsidealismus, der den Menschen nicht nimmt, wie er ist, sondern wie er ideal gedacht ist.“

Sittlich ist es also, sich vom Kapital durch Hungerlöhne und überlange Arbeitszeit körperlich und geistig ruinieren zu lassen. Werwürdiges Ethik im Munde eines Mannes, der an wohlgefüllter Futterkrippe behaglich schnauzt und dem Grundgesetz hulbigt: „Sechs Tage sollst du ruhen und den siebenten sollst du (2 Stunden!) arbeiten!“ Und da mundern sich solche „Ethiker“ noch, daß der hart um die Existenz ringende Arbeiter vor derartig abgestandenem Kohl Stel empfindet?

Mit der Ueberwachung der Arbeiterbewegung in den Industriebezirken sind durch Ministerialerlaß besondere Bezirkskommissionen betraut worden. Diese Einrichtung, die bisher für den Regierungsbezirk Düsseldorf bereits provisorisch bestand, ist nun durch folgenden Erlaß des Ministers bestätigt worden:

„Auf den Bericht vom 10. Januar dieses Jahres genehmige ich, daß in den Regierungsbezirken, in denen die Verhältnisse es erforderlich machen, zunächst in den Regierungsbezirken Arnsberg und Düsseldorf, den Regierungspräsidenten in Angelegenheiten der Landespolizei Bezirks-Polizeikommissionen mit dem Range der Polizei-Inspektoren beigegeben werden.“

Wir wußten nicht, welche Vorurtheile zur Begründung dieser Maßnahmen angeführt werden könnten. Die Arbeiter auch des Wupperthales erstreben ihre Ziele in durchaus gesetzlichen Formen.

Eine Assistentin für die Gewerbeinspektion soll nun auch Schwaben erhalten. Im neuen Finanzetat ist der „Versuch“, wie es dort heißt, der Anstellung einer weiblichen Assistentin „trotz mehrfacher sachlicher Bedenken“ unternommen, und es werden vorerst jährlich M. 2000 hierfür gefordert. Die Einrichtung ist so gedacht, daß die Thätigkeit der weiblichen Assistenten auf diejenigen Betriebe des ganzen Landes, die ausschließliche oder vorwiegend weibliche Arbeitskräfte beschäftigen und innerhalb dieser auf diejenigen Funktionen zu beschränken wäre, die den gesundheitlichen und sittlichen Schutz der Arbeiterinnen in ihrer Eigenart als Frauen bezwecken. Diese Thätigkeit soll also die Inspektion derselben Betriebe durch die männlichen Beamten nicht entbehrllich machen.“

Vom Schlachtfelde der Arbeit. Die letzten Jahre, welche einen Aufschwung für Industrie und Handel brachten, weisen eine Steigerung der Unfälle auf, die mit erschreckender Deutlichkeit zeigt, wie die „guten Zeiten“ der Kapitalisten für die Arbeiter recht schlechte Zeiten sind. Fast den

„Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaften für 1897“ haben sich die Unfälle auch im letzten Jahre wieder vermehrt, nachdem dies bereits in den vorhergehenden Jahren geschehen war. Auf 100 000 Versicherte kamen Personen, für welche eine Entschädigung festgestellt worden ist:

Table with 4 columns: Year (1897, 1896, 1886-96), Category (Ueberhaupt Verletzte, Davon: Getödtete, Dauernd völlig Erwerbsunfähige, Vorübergehend), and Values.

Gegenüber dem elfjährigen Durchschnitt beträgt die Zunahme der Verunglückten 55 pSt.! Daß die Zahl der schwersten Verletzungen zurückging, so daß 1897 nur 8 dauernd völlig Erwerbsunfähige entschädigt wurden, im elfjährigen Durchschnitt aber 17, beruht darauf, daß die Unfallrichtergewichte immer seltener eine Verunglückung als völlig erwerbsunfähig machend anziehen und zum Theil, gestützt auf die in Arbeiterkreisen genügend gewürdigten Gutachten der von den Berufsgenossenschaften abhängigen Ärzte, die Verletzung als eine nur theilweise Erwerbsunfähigkeit veranlassend erklären, so daß der Arbeiter mit einer niedrigeren Rente abgefunden wird! Dafür stieg aber die Zahl der als dauernd theilweise erwerbsunfähig Erklärten um 41 pSt.! Und faßt man die Zahlen der völlig und theilweise dauernd Erwerbsunfähigen zusammen, so bleibt immerhin noch für 1897 gegenüber dem elfjährigen Durchschnitt eine Steigerung von 33 pSt. übrig! Auf gewerbliche und landwirthschaftliche Betriebe vertheilt sich die Unfälle folgendermaßen:

Table for Gewerbliche Berufsgenossenschaften with 4 columns: Year (1897, 1896, 1886-96), Category (Ueberhaupt Verletzte, Davon: Getödtete, Dauernd völlig Erwerbsunfähige, etc.), and Values.

Table for Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften with 4 columns: Year (1897, 1896, 1886-96), Category (Ueberhaupt Verletzte, Davon: Getödtete, Dauernd völlig Erwerbsunfähige, etc.), and Values.

In den gewerblichen Berufsgenossenschaften stieg in der Zeit von 1890—1897 bei je 100 000 Versicherten die Zahl der Verunglückten: durch Motoren, Transmissionen und Arbeitsmaschinen von 121 auf 151, durch Zusammenbruch, Einsturz, Herab- und Umfallen von Gegenständen von 93 auf 120, durch Fall von Leitern, Treppen zc. von 85 auf 116, durch Fuhrwerk (Ueberfahren) von 65 auf 87. Auch hier zeigt sich also, daß nicht nur die Zunahme der Maschinen die Unfallgefahr erhöht, sondern daß diese in gesteigertem Maße bei Arbeiten zum Ausdruck kamen, die ohne Maschinen — und daher auch im unversicherten Handwerk nicht minder wie in der versicherten Industrie — verrichtet werden. Hier ist die Steigerung der Unfälle durch die Steigerung der Arbeitsintensität und der Arbeitsdauer hervorgerufen: die Zunahme der Aufforderung und die Verlängerung der Arbeitszeit bedingen die Zunahme der Unfälle.

Wie notwendig übrigens auch für die Handwerker die Unfallversicherung wäre, zeigt die stetige Zunahme der Unfälle bei Benutzung von Handwerkszeug und einfachen Geräthen (Säumer, Äxte, Spaten, Hacken), welche, ebenso wie die oben erwähnten Unfallursachen, im Handwerksbetriebe nicht minder sich ereignen können wie im Großbetriebe. 1890 berunglückten von 100 000 Versicherten durch Handwerkszeug 32, 1897 bereits 49! Hieraus geht hervor, daß im Handwerk, in der Industrie wie in der Landwirtschaft eine wirksame Unfallverhütung nicht nur durch Schutzvorrichtungen an Maschinen gesichert werden kann, sondern, daß dazu auch eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig ist, damit die Arbeiter stets im Vollbesitz ihrer geistigen und körperlichen Spannkraft thätig sein können. Wie sich die Zahl der Unfälle auf die einzelnen Tagesstunden und auf die Wochentage vertheilt, wird hier und da von Gewerbe-Aufsichtsbeamten registriert. Diese Beobachtungen leiden aber zumeist darunter, daß sie sich auf einen zu engen Kreis beschränken müssen. Eine wirklich brauchbare Statistik kann nur zu Stande kommen, wenn die Berufsgenossenschaften bei den Unfallmeldungen auch Tag und Stunde der Unfälle überflüssig zusammenstellen würden. Da aber diese Unternehmerverbände kein Interesse daran haben, das Glend der Arbeiter durch Verkürzung der Arbeitszeit zu verringern, so verhält auch die schon wiederholt gestellte Forderung nach dieser Statistik, welche die dringende Nothwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung nachweisen würde, unerhört.

Wie groß die Opfer sind, welche in der Industrie von den Arbeitern gebracht werden müssen, zeigen nachfolgende Zahlen: Von 1886—1897, also in zwölf Jahren (die Zahlen für 1897 sind in Klammern beigefügt), waren in der Industrie vorhanden: verletzte Personen, für welche eine Entschädigung festgestellt wurde, 328 133 (41 746); davon wurden getödtet 41 179 (4252), dauernd völlig erwerbsunfähig 17 770 (625), dauernd theilweise erwerbsunfähig 187 178 (221 246), vorübergehend erwerbsunfähig 82 006 (15 622). 1897 betrug die Zahl aller Verletzten, für welche Unfallanzeige erstattet wurde, 252 385, während nur für 41 746 die Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaft festgestellt wurde. Die Uebrigen 210 536 befielen keinen dauernden Schaden und fielen daher allein den Krankenkassen zur Last.

Dazu kommen noch jährlich ein paar Tausend Verunglückte von den 13 Versicherungsanstalten der Baugewerksberufsgenossenschaft (1897: 2750 Verletzte; davon getödtet 129, dauernd völlig erwerbsunfähig 55, dauernd theilweise erwerbsunfähig 589, vorübergehend erwerbsunfähig 382), sowie von den staatlichen und den Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbeförden (1897: 28 622 Verletzte, davon getödtet 561, dauernd völlig erwerbsunfähig 283, dauernd theilweise erwerbsunfähig 1982, vorübergehend erwerbsunfähig 1161).

Zeit 1886 ergeben sich für Industrie und Landwirtschaft zusammen (wobei in der letzteren erst seit 1888 Ziffern vorliegen) 607 933 entschädigungspflichtige Verletzte, davon 66 037 getödtet und 354 126 dauernd völlig oder theilweise erwerbsunfähig. Und angesichts dieser ungeheuren Opfer — 1897 wurden insgesamt für 328 137 Personen Unfallanzeigen erstattet — rührt sich weder Regierung noch besitzende Klasse, um die Ur-

nachen dieser zahlreichen steigenden Unfälle: überlange Arbeitszeit, ungenügende Gewerbe-Aufsicht und daher ungenügende Schutzvorrichtungen, zu beseitigen. Von einem Fortschritt der Sozialreform spricht die Regierung, und einen Rückschritt beweist ihre amtliche Statistik.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

#### Bekanntmachung des Ausschusses.

Der Ausschuss hat in seiner letzten Sitzung beschloffen, dem Antrage der Zahlstelle Schöneberg, das Mitglied Karl Paus, Buch-Nr. 158 728, auszuschließen, statzugeben. Der Ausschluß erfolgte wegen des unsolidarischen Verhaltens des Paus bei einer Werkstattdifferenz.

Der Ausschuss.

S. A.: Rob. Schmidt, Berlin SO, Raunthnstr. 40.

#### Berichtigung.

In der in letzter Nummer veröffentlichten Abrechnung ist die Mitgliederzahl der Zahlstelle Neu-Zienburg infolge eines Druckfehlers mit 7, anstatt, wie es richtig ist, mit 227 angegeben.

### Bekanntmachungen der Gauvorstände.

#### 5. Gau. Vorort Görlitz.

##### Bericht des Gauvorstandes vom 3. September 1898 bis 1. Januar 1899.

Nachdem die Wahl des Gauvorstandes am 3. September 1898 stattgefunden, fand Anfang Oktober eine Konferenz der im Gau befindlichen Zahlstellen statt, in welcher alle, außer Glogau und Grünberg, vertreten waren. Die Berichte über die Verhältnisse in den einzelnen Orten waren zum größeren Theile gute; das Verhältnis der Organisirten zu den am Orte befindlichen Kollegen läßt ja in einzelnen Zahlstellen noch viel zu wünschen übrig, und bedarf es einer regen Agitation und Theilnahme aller Mitglieder, um ein besseres Verhältnis zu erreichen. Wir erwarten deshalb von den Zahlstellen, daß sie betreffs Referenten sich recht oft an die Gauverwaltung wenden. Direkte Beschlüsse wurden auf der Konferenz nicht gefaßt. Auf Wunsch der Delegirten fand eine Agitationskommission statt; abgehalten wurden neun Versammlungen: in Langenöls, Herrichdorf, Hirschberg, Bunzlau, Prieß, Sagan, Görlitz und Weißwasser. Der Besuch dieser Versammlungen war ein guter, außer in Görlitz, und wird es einer regen und unablässigen Agitation dort bedürfen, um ein ordentliches Verbandsleben wieder unter die Mitglieder zu bringen. Neu gegründet wurden die Zahlstellen Weißwasser und Sagan. Aufgehoben ist die Zahlstelle Glogau. Eine Revision fand im Auftrage des Vorstandes statt, welche die Aufhebung dieser Zahlstelle zur Folge hatte. Im Auftrage des Gauvorstandes fanden drei Revisionen statt, welche Alles in Ordnung fanden. Prüfungen betreffs Unterstellungsantrag einer Zahlstelle fanden im Auftrage des Vorstandes statt. Daß sich seit der Gau-einrichtung ein regerer Verkehr mit den Zahlstellen entwickelt hat, ist nicht zu bestreiten; um aber ein möglichst genaues Bild über die Zustände in den Zahlstellen zu erhalten, ist es notwendig, daß die Verwaltungen alle Vierteljahre einen kurzen Bericht einreichen, und erwarten wir, daß einzelne Zahlstellen dies pünktlicher als bisher thun. Die Korrespondenz betrug: Abgehandelt 27 Briefe und 8 Karten, eingekauft 17 Briefe und 11 Karten.

#### Kassenbericht.

Einnahme: Von der Agitationskommission überwiesen M. 73,05, von der Hauptkassa 265,48, freiwillige Beiträge der Zahlstellen Bunzlau —,90, Prieß —,60. Summa M. 340,03.

Ausgabe: Diäten und Fahrgebeln an Referenten M. 161,25, Diäten und Fahrgebeln für sonstige Reisen 100,50, Druckfachen und Inserate 7,20, Porto und Schreibmaterial 9,—, sonstige Ausgaben 24,40. Summa M. 302,35.

Bilanz: Einnahme M. 340,03, Ausgabe 302,35. Bleibt Bestand M. 37,68.

Geprüft und richtig befunden von den Revisoren der Zahlstelle.

Der Gauvorstand. S. A.: E. Tieleh.

#### 17. Gau. Vorort Bremen.

Die Adresse des Gauvorstehers ist: A. Schweida, Sandstr. 75c; die des Kassaführers: S. Schmidt, Grundstr. 25.

#### 19. Gau. Vorort Elberfeld.

Den Kollegen im Gau zur Nachricht, daß in einer am 20. Februar tagenden Mitgliederversammlung der Zahlstelle Elberfeld folgende Personen in den Gauvorstand gewählt wurden: Erster Vorsitzender August Hartung, Gr. Klostbahn 27, zweiter Vorsitzender Paul Gräber, Brüderstr. 15a, erster Kassier Ludwig Kiesel, Wehstr. 35, zweiter Kassier Johann Boste, Wirtstr. 37, Schriftführer Reinhold Haberland, Zimmerr. 34. Alle Zuschriften wolle man an obgenannte Adresse senden.

Der Gauvorstand giebt bekannt, daß die Agitationskommission des Kollegen Jacobs-Hamburg am 29. April beginnen und spätestens am 15. Mai endigen wird. Diejenigen Zahlstellen, welche von der Lohn-herabsetzung zu werden wünschen und auf den Kollegen Jacobs verweisen, wollen bis spätestens 1. April unter Angabe des Namens, des Lokals und des genauen Zeitpunktes ihre diesbezüglichen Wünsche an den Gauvorstand bekannt geben.

Die folgenden Thesen wird Kollege Jacobs behandelt: 1. Nutzen und Zweck der Organisation. 2. Das Solidaritätsprinzip und seine Bedeutung für die Arbeiter. 3. Was hat der Arbeiter zu thun, um seine Interessen wahrzunehmen? 4. Der Zweck der Arbeitervereine und Arbeitervereine.

Es empfiehlt sich, den jetzt einig bezaganden für die Versammlungen zu machen, damit möglichst aus den Erfolgen zu sehen, welche wir zu erwarten haben.

Aus. Hartung, Gr. Klostbahn 27.

#### 22. Gau. Vorort München.

Sonntag, den 2. April (Ostersonntag), Vormittags 10 Uhr, findet im „Gasthof zum Heimgarten“, Lueg in's Land 5, eine Gaukonferenz statt. Die Zahlstellenverwaltungen werden erjucht, baldigst hierzu Stellung zu nehmen. Anträge an die Konferenz müssen bis längstens 19. März an den Gauvorstand eingekandt werden. Kollegen! Der Gauvorstand erwartet, daß alle Zahlstellen vertreten sind, damit wir Mittel und Wege beraten, um für die Zukunft in unserem Gau eine kräftige Agitation betreiben zu können zur Ausbreitung der Organisation des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Der Gauvorstand.

S. A.: Ant. Raith, Kleinzstr. 97, III.

#### Korrespondenzen.

Altwasser. In einer Mitgliederversammlung am 12. Februar sprach unser Gauvorsteher A. Vergmann aus Breslau über das Thema: „Warum organisiren wir uns?“ Referent entledigte sich seines Vortrages in trefflicher Weise. Er streifte auch in seinem Vortrage die Alters- und Invaliditätsversicherung und führte aus, daß hauptsächlich die oberstehtlichen Unternehmer viel zu niedrige Beiträge leisteten und somit die Arbeiter schädigten. Am Schlusse seiner Ausführungen forderte er die Kollegen auf, sich zu einer festen Organisation zusammen zu schließen, nur dadurch könnten die Verhältnisse gebessert werden; von den Unternehmern hätten wir nichts zu hoffen, es müsse ihnen Alles abgerungen werden. Eine Resolution im Sinne des Referenten wurde einstimmig angenommen. In der Diskussion kritisirte Kollege Hübler die hiesigen Verhältnisse und kam besonders auf die Langer'sche und die Bialla'sche Werkstatt zu sprechen. Es werden dort Preise gezahlt wie folgt: bei Langer für ein Vertikow, imitirte Erle, M. 12 (anderswo M. 19), hier ein Schrant, zweihändig, M. 15 (anderswo M. 20), die anderen Preise um fast 30-40 pZt. niedriger als bei anderen Meistern. Bei Bialla steht die Sache noch schlechter, der zahl M. 4 Lohu pro Woche und Kost und läßt auch im Afford arbeiten, selbstredend zu niedrigen Preisen. Hübler forderte die Kollegen auf, in diesen Werkstätten nicht anzufangen, soweit sie dem Verbandsangehören. Es wurde dann noch beschlossen, nächsten Sommer in eine Lohnbewegung einzutreten (Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und 25 pZt. Lohnerhöhung, Ueberstunden ebenfalls 25 pZt.) und dies dem Vorstande zu unterbreiten. Nach einem warmen Appell des Vorsitzenden, fest und treu zur Sache zu halten, um unserer Forderung Geltung zu verschaffen, ließen sich noch mehrere Kollegen aufnehmen.

Berlin. Eine gut besuchte Stockarbeiterversammlung beschloß am Dienstag Abend in Stebert's Saal mit dem Streik bei der Firma Noa. Nach den Darstellungen verschiedener Redner ist die Situation im Wesentlichen als unverändert zu bezeichnen. Die Streikenden harren, besetzt von der Berechtigung ihrer Forderung, aus, und sind überzeugt, daß in Kürze der Sieg auf ihrer Seite ist, indem der Unternehmer mit denjenigen Arbeitskräften, die ihm noch zur Verfügung stehen, auf die Dauer den Betrieb nicht aufrecht erhalten kann. Fünf der Streikenden haben Berlin bereits verlassen, Etliche haben in anderen Werkstätten Unterkunft gefunden und für die nötige Unterstüzung der Streikenden ist für längere Zeit gesorgt. Obwohl seitens der Firma die größtmöglichen Anstrengungen um Veranziehung von Streibrechern gemacht werden, gelangt es ihr nicht, alle Plätze zu besetzen, abgesehen noch davon, daß tüchtige und leistungsfähige Arbeiter nicht gewonnen werden können, indem diese auf Seiten der Ausständigen stehen. Unter den wenigen Arbeitswilligen aber, die der Firma noch zur Verfügung stehen, hat in den letzten Tagen ebenfalls trotz aller Beschäftigungsbestrebungen des Herrn Noa eine Sympathie für die Streikenden Platz gegriffen, so daß drei in der Versammlung die Erklärung abgaben, sich den Ausständigen anzuschließen. Herr Noa hat etliche der Streikenden beim Gewerbegericht wegen Kontraktbruches verklagt. Hierzu erklärten sämtliche Redner, daß die Kontrakte vorstehender Firma den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufen. Die Versammlung beschloß sich endlich, die Ausständigen in jeder Beziehung zu unterstützen, um das Bestreben des Herrn Noa, die Organisation der Stockarbeiter zu vernichten, illusorisch zu machen.

Darmstadt. Am 18. Februar fand hier eine öffentliche Schreinerversammlung statt, mit der Tagesordnung: „Die Zwangsinnung der hiesigen Schreinermeister und die Bedeutung derselben für die Gesellen.“ Als Referent war Kollege Wetters aus Frankfurt erschienen. Derselbe legte in einem fast zweistündigen Vortrage die Schäden und Gefahren, die eine solche Einrichtung für die Arbeiter mit sich bringt, klar vor Augen. Leider war die Versammlung nur schwach besucht, und stehen die hiesigen Schreiner der Sache ganz gleichgültig gegenüber. Es scheint, als ob es denselben noch viel zu gut gehe. Es wäre wirklich endlich an der Zeit, daß sie in richtiger Erkenntniß ihrer Lage sich jagen müßten, daß nur durch eine gute Organisation der Arbeiter der Arbeitgeber, die Arbeiter in der Anrechtenschaft und Unterwürfigkeit zu erhalten, energisch entgegen getreten werden kann. Darum, Schreiner Darmstadt, fordern wir Euch auf, erseht Mann für Mann in unserer nächsten Versammlung am 4. März bei Wurm, Schloßgasse, in welcher die wichtige Sache der Zwangsinnung noch einmal beiprochen werden soll, da es nötig ist, in den zu wählenden Gesellen-ausschuß Leute hinein zu bekommen, die auch die Interessen der Arbeiter in jeder Hinsicht vertreten und nicht zu Allem, was die Meister planen, Ja und Amen sagen. Allein, sollten die hiesigen Schreiner in ihrer Gleichgültigkeit verharren, so geben wir uns der Hoffnung hin, daß, wenn sie erst die Folgen einer solchen Einrichtung gekostet haben, sie von selbst zu uns kommen werden. Trotzdem werden wir aber kein Mittel unversucht lassen, sie zur Organisation heranzuziehen. In der folgenden Diskussion ergriffen noch verschiedene Redner das Wort. Zum Schlusse wurde noch von den anwesenden Verbandskollegen, auf eine Anfrage des Gauvorstandes hin, beschloffen, daß in nächster Zeit eine Gaukonferenz abgehalten werden soll. Damit wurde die Versammlung um 12½ Uhr geschlossen.

Dresden. (Situationsbericht.) Wie die Kollegen aus mehreren Versammlungsberichten und Notizen erfahren haben, wollen die hiesigen Lokalen einen Minimaltarif durchzuführen. Trotz der günstigen Bauperiode der letzten Jahre, wo fast alle Bauwerke, wenn auch nur geringe Verbesserungen ihrer Lage erzielten, mußten sich die Kollegen Abzüge gefallen lassen, weil die Zahl derjenigen, welche den Werth einer guten Organisation begriffen hatten, verhältnismäßig gering war. Durch energische Agitation (unterstützt durch einen neuen Abzug) haben die Kollegen ein, daß, um einem weiteren Abgleiten auf der schiefen

Ebene vorzubeugen, einmal energisch Front gemacht werden mußte. Der Tarif des größten Geschäftes wurde, bis auf einige geringe Zuschläge und Wiederaufbesserung des letzten Abzuges, als Grundlage angenommen. Die Hoffnung, auf keinen ernstlichen Widerstand zu stoßen, ging nicht in Erfüllung. Nach schriftlichen und persönlichen Verhandlungen kam nur in einem Geschäft ein Ausgleich zu Stande, während in den übrigen Geschäften, mit Ausnahme der Firma Bauer's Nachfolger, wo 14 Kollegen jetzt schon zu besseren Bedingungen beschäftigt sind, die Arbeit niedergelegt werden mußte. Ein diesbezüglicher Beschluß wurde in einer Versammlung am 22. Februar gefaßt. Da die Geschäfte am Plage keine Leute erhalten, so werden sie jedenfalls suchen von auswärts Leute heranzuziehen. Wir richten daher das bringende Ersuchen an alle auswärtigen Kollegen, ihr Möglichstes zu thun, um Zugun nach hier fern zu halten.

Görlitz. In einer am Sonnabend, den 18. Februar, stattgefundenen Holzarbeiterversammlung hielt Kollege Bindner einen Vortrag über das Thema: „Ist die Theilnahme der Arbeiter an einer Baugenossenschaft zu empfehlen?“ Da die Wohnungsnoth in unserer Stadt, sowie in verschiedenen anderen größeren Industrieorten geradezu chronisch geworden ist, und zur Beseitigung derselben sich immer mehr und mehr Baugenossenschaften bilden, so sah sich genannter Kollege veranlaßt, über den Nutzen derselben die Kollegen einigermassen aufzuklären. So führte denn Redner unter Anderem Folgendes aus: Wenn auch der Arbeiter angefaßt der herrschenden Wohnungsnoth zu dem Gedanken käme, sich durch diese Baugenossenschaften ein ibyllisches Heim zu gründen, so sei ihnen dieses keineswegs zu verdenken, es müßte aber doch vorher wohl überlegt werden, was für eine Last die Arbeiter durch den Beitritt zu einer solchen Baugenossenschaft auf sich nehmen. Nicht nur, daß der Arbeiter darbt, um die M. 100 durch allwöchentliche Abzahlungen voll zu machen, welche durch die Mitgliedschaft in einer solchen Konsum oder einer Baugenossenschaft bedingt werden, sondern wie durch das Genossenschaftsgesetz festgestellt wird, so setzt sich auch jedes Mitglied der Gefahr aus, im Falle ein solches Unternehmen nicht gedeiht, mit derselben Summe, die es eingezahlt hat und darüber hinaus, für das Unternehmen aufkommen zu müssen. Also nicht nur, daß die betreffenden Mitglieder um die eingezahlten M. 100 kommen können, sondern sie haben auch dann noch weitere M. 100 im schlimmsten Falle aufzubringen. Für den größten Theil der betreffenden Arbeiter würde dies den Ruin bedeuten. Im anderen Falle ist aber auch für den größten Theil der Mitglieder gar keine Aussicht vorhanden, jemals in den Besitz einer solchen Wohnung zu gelangen. Im Weiteren führt Redner einige Beispiele an von derartigen Baugenossenschaften in anderen größeren Städten, und kommt zu dem Entschluß, daß eine Theilnahme seitens der Arbeiter an einer solchen Baugenossenschaft nicht zu empfehlen sei. Im zweiten Theil seines Referats kommt Redner darauf zu sprechen, wie dem herrschenden Wohnungsmangel abzuwehren sei. Redner giebt seiner Meinung zunächst dahin Ausdruck, daß dieses nur durch Eingreifen der Kommunalbehörden selbst geschehen kann, denn die Privatthätigkeit sei ja nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Jede Stadt und jeder Ort hätten doch die Pflicht, für ihre am Orte wohnenden Arbeiter in der Weise zu sorgen, daß diese wenigstens vernünftig und anständig, wie es einem Menschen zukommt, wohnen können, damit dieselben nicht, wie es nur zu häufig vorkommt, in ungesunder Kellerlöchern und Dachluden wohnen müssen. Vielfach ist es aber auch noch unmöglich, ein solches Loth zu bekommen, und werden die Arbeiter dadurch häufig gezwungen, im Preise der Wohnung weit über ihre Verhältnisse hinaus zu gehen; so erfreulich es nun auch von anderen Städten ist, daß der Magistrat sich der Wohnungsfrage angenommen hat und namhafte Summen für Wohnungen der Arbeiter bewilligt hat, so hat man leider doch von der hiesigen Stadtverwaltung noch nichts gehört und gelesen, daß sie beabsichtigt, etwas in dieser Angelegenheit zu thun, trotzdem hier am Orte schon seit langem ein unzulänglicher Wohnungsmangel besteht. Anstatt daß die Stadtverwaltung ihre Grundstücke, welche noch innerhalb der Stadt liegen, für Arbeiterwohnungen benutzen würde, verkauft sie dieselben viel lieber an Baupespekulanten. Diejenigen Herren, welche sich bemühen, auch hier eine Baugenossenschaft auf die Beine zu bringen, würden wirklich besser daran thun, wenn sie ihren Einfluß in dieser Beziehung beim Magistrat geltend machen würden. Redner schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß alle Arbeiter sich organisiren möchten, um diesem Uebelstande wirksam entgegen zu treten. Nach diesem wurde zur Wahl der Gewerkschaftsdelegirten zum Gewerkschaftskongresse, welcher in Frankfurt a. M. stattfindet, geschritten. Es wurden im Ganzen 172 Stimmen abgegeben; davon erhielten: Kollege Bindner-Görlitz 78, Kollege Geckner-Breslau 64, Kollege Glöde-Berlin 21, Kollege Gert-Brandenburg 8 Stimmen. Eine Stimme wurde für ungültig erklärt.

Göttingen. Am 11. Februar fand hier die regelmäßige Mitgliederversammlung statt, in welcher Kollege Hilbrant über: „Das Göttinger Gewerbegericht und die Kompetenzerweiterung der Gewerbegerichte vor dem Deutschen Reichstage“ sprach. Nach dem sehr beifällig aufgenommenen Vortrage wurden die Verhältnisse in der Werkstatt des Korbmachers Herrn Kapper einer scharfen Kritik unterzogen. Zunächst, was die Lohn- und Arbeitsbedingungen anbelangt, so kommt ein gut arbeitender Geselle im Durchschnitt auf M. 12 ohne Kost und Logis. Bis Ende Januar waren sämtliche vier Kollegen bei ihm in Kost, da ihnen aber die Kost nicht gefiel, denn am Harzer Käse und den nötigen Schmalzkugeln hatte es nicht gefehlt, und in die Suppen sahen mehr Augen hinein als heraus, beschwerten sie sich darüber. Dreien von ihnen war die Kost gefündigt, Einer blieb aber bei ihm in Kost. Auch die Behandlung läßt sehr viel zu wünschen übrig, denn in den Tagen, wo es ziemlich kalt war, hat er den Kollegen gegenüber erklärt, wer ihm noch einmal etwas zu viel einbezie, der solle die Kohlen selbst bezahlen. Die durchreisenden Kollegen seien hierdurch gewarnt, den betreffenden Herrn Meister allzu sehr mit ihrer Arbeitskraft zu erfreuen.

Gröpelingen. Am 19. Februar fand unsere Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: „Der Lohnabzug in der Barre'schen Werkstatt und Verschiedenes.“ Bevor zur Tagesordnung übergegangen wurde, wurde der Bericht in Nr. 7 vom 12. Februar der „Holzarbeiterzeitung“ einer Kritik unterzogen, in dem die Namen der betreffenden Arbeitgeber nicht genannt waren. Der, welcher die Körbe auf Lager machen läßt und sie dann in Geestemünde verauktioniren läßt, ist der vor dem hiesigen Gewerbegericht sehr bekannte Gastwirth und Inhaber einer Korbmacherei L. Bestrup in Gröpelingen. Der Andere, welcher etwas mehr für die Körbe zahlt, aber sie nicht genau

zählt und bei dem die Arbeiter bis zu M. 80 Lohn stehen haben, ist ein Herr Lange in Logstedt bei Geestemünde. Zu dem Abzug in der Barre'schen Werkstätte in Ostleshausen ist zu bemerken, daß Herr Barre seinen Leuten am 14. d. M. erklärte, er könne von jetzt ab nicht mehr den alten Lohn bezahlen und müsse auf jeden Fall 5 % abziehen. Daraufhin legten die Leute die Arbeit nieder. Am 15. fand eine öffentliche Korbmacherversammlung statt, zu welcher auch die Arbeitgeber eingeladen waren, es waren jedoch nur zwei erschienen. Die drei ausländigen Kollegen der Barre'schen Werkstätte erklärten, daß sie auf keinen Fall für den angebotenen Preis arbeiten würden, da sie jedoch bis jetzt nicht im Verband waren, erklärten sie ihren Beitritt. Leider mußten wir in der letzten Mitgliederversammlung erfahren, daß sich dabon Einer als Streikbrecher gefunden hat und mit Todesverachtung drauflos wühlt, es ist der bekannte Wähler Fritz Ring, welcher früher hier an der Spitze der Organisation stand. Dazu haben sich noch zwei solche edle Seelen gefunden und nun bekommt Barre vorläufig Körbe genug. Es wurde beschlossen, den Leuten nochmals auf den Leib zu rücken und sie zur Niederlegung der Arbeit zu bewegen. Ein anderer Arbeitgeber erklärte, sobald Barre mit seinem Abzug durchkäme, wäre er gestungen, auch abzugeben. Es wurde noch ein Antrag angenommen, in den Werkstätten, wo Abzug auf Fischkörbe gemacht wird, auch keine andere Arbeit zu machen.

**Harburg.** In der letzten Mitgliederversammlung sprach der Kollege Graf über „Die Taktik der Gewerkschaften“. Derselbe führte an, daß der Kulturzustand einer Gesellschaft darnach zu bemessen ist, wie die Bildung und Geselligkeit unter den Arbeitern gepflegt wird, und weist auf den in diesem Jahre stattfindenden Gewerkschaftskongress hin. Der § 152 räumt den Arbeitern alle Rechte ein, der § 153 nimmt ihnen dieselben wieder. Den Arbeiterorganisationen ist es z. B. verboten, über 13 Wochen restierende Beiträge einzuklagen; dieses müßte auch den Unternehmerorganisationen zur Pflicht gemacht werden. Man sieht wieder, daß, wenn zwei dasselbe thun, es doch nicht als gleichberechtigt anerkannt wird. Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes nahm man an, daß es für den Arbeiter allgemein besser werden würde. Auch der deutsche Kaiser versprach, für eine Verbesserung einzutreten. Bekanntlich soll aber Jeder, welcher einen Arbeiter von der Arbeit abhält, um gemeinsam bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, eines schweren Vergehens schuldig sein und mit Zuchthaus bestraft werden. Auch stellen unsere Gegner die Form der Arbeiterorganisation als etwas Ungeheuliches hin und suchen die Verbindung mehrerer Vereine zu verhindern. Der Kapitalismus weiß recht gut, daß mit der Einigung der Arbeiter auch deren Einigkeit und Macht wächst. Wir können hier wieder einmal von unseren Gegnern lernen. Des Weiteren ist Redner der Meinung, daß die Gewerkschaften sich keiner Partei sympathisch erklären dürfen. Wir haben vielmehr dahin zu streben, recht viele Arbeiter in die Gewerkschaften zu ziehen. Dieses kann am besten dadurch geschehen, daß den Mitgliedern etwas Positives geboten wird. Unsere erste Aufgabe wird es daher sein, das Unterstützungsweesen, namentlich die Arbeitslosenstützung weiter auszubilden. Alle anderen Einrichtungen, welche sich auf Unterstützungen beziehen, sind nur Blüten der Vergangenheit und können ihren Zweck nicht erfüllen. Nur durch Bildung und Aufklärung der arbeitenden Klasse kann die Kluft zwischen Kapital und Arbeit überbrückt werden. Hierzu gebrauchen wir aber die volle Koalitionsfreiheit. Mit der Aufforderung, kräftig für die Gewerkschaften zu agitieren, schloß Redner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. Ein Vorschlag des Bevollmächtigten, die Diskussion bis zur nächsten Versammlung zu vertagen, wird angenommen. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Laubitz a. d. W.** Am 20. Februar fand hier am Orte eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Mattiehs aus Berlin über „die Gewerkschaftsbewegung früher und jetzt“ referierte. Leider war die Versammlung nur von circa 80 Holzarbeitern besucht, wo am Orte hier an 600 Holzarbeiter beschäftigt sind. Trotzdem unsere Zahlstelle hier 110 Mitglieder zählt, so war doch die Mitgliederzahl immer noch nicht vertreten, denn viele von den Kollegen halten es nicht mal der Mühe werth, einer öffentlichen Versammlung mit beizuwohnen, viel weniger noch einer Mitgliederversammlung, obwohl es hier am Orte gerade nothwendig, eine Einigkeit endlich einmal herbeizuschaffen. Kollege Mattiehs legte in seiner fünf- bis sechsstündigen Rede klar, wie nothwendig es ist, sich der Organisation anzuschließen, und setzte die Verhältnisse gegen früher und jetzt auseinander. Er führte dann einige Beispiele an, welche natürlich großen Anklang in der Versammlung fanden. Der Vortrag des Kollegen Mattiehs wurde mit großem Beifall entgegengenommen. Eine Diskussion fand nicht statt, da sich die Anwesenden mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden erklärten. Hierauf kam dann Kollege Mattiehs zum Schlußwort, und legte den Anwesenden noch recht an's Herz, daß sich ein jeder Kollege, so viel wie möglich bemühen sollte, die Organisation hochzuhalten, denn ohne diese könnten wir nichts im Gewerkschaftlichen erringen, denn Einigkeit macht stark und führt auch endlich mal zum Siege. Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Deutschen Holzarbeiterverband geschlossen.

**Habenau** (Situationsbericht). Wieder muß ich Einiges über die Sächsischen Holzindustrie und die Behandlung der Arbeiter in hiesiger Fabrik mittheilen. Den Packfrauen ist ein Lohnabzug bis zu 22 pZt. gemacht worden. Für Arbeiter, welche am meisten vorkommen, sind 10—18½ pZt. abgezogen; den Arbeiterinnen ist zuvor nichts gesagt worden, der alte Lohnsatz ist weggenommen und ein neuer hingehängt worden. Der Durchschnittslohn der Packfrauen betrug bisher M. 15 in vierzehn Tagen, wenn sie alles Material von der Fabrik entnahmen, dieselben nehmen aber mitunter Papier von Hause mit hinein. In der Fabrik müssen sie nämlich 24 % pro Pfund bezahlen, der höchste ortsübliche Preis beträgt aber bloß 9 %. Die Fabrik verlangt also nicht nur bis zu 50 pZt. mehr, sondern ich kann nachweisen, daß sie bis 100 und mehr Prozent verlangt. In der Fabrik kostet:

Schellack ...	M. 1,20,	ortsüblich M. 1,—	dieselbe Qualität,
Spiritus ...	0,50,	"	0,20
Del ...	0,90,	"	0,56
Wismuth ...	0,32,	"	0,16
Einpackpapier	0,24,	"	0,09 höchster Preis.

Auch müssen alle Arbeiter in vierzehn Tagen 25 % Lichtgeld bezahlen, obgleich nicht Alle eine Lampe haben; auch die Hofarbeiter, welche kein Lampenlicht haben, müssen Lichtgeld bezahlen. Die Arbeiter müssen so lange Lichtgeld bezahlen, wie Licht gebrannt wird, gleichviel, ob es eine Kerze oder

länger gebraucht wird. Fenstergeld muß jeder Arbeiter 5 % vierteljährlich bezahlen, macht bei 300 Arbeitern, welche beschäftigt sind, M. 60 jährlich. Trotzdem müssen die Arbeiter Wappe vor die Fenster nageln, denn die zerbrochenen Scheiben werden gewöhnlich erst im Herbst eingezogen. Daß die Arbeiter der Sächsischen Holzindustrie-Gesellschaft größtentheils blaß und abgemagert aussehen, findet wohl hauptsächlich darin seine Erklärung, daß die Fabrikfälle so selten gewechselt werden. Zwei Fälle sollen vor 5 oder 6 Jahren zum ersten Mal, der Stuhlmalersaal noch garnicht seit Bestehen der Fabrik (29 Jahre) gewechselt worden sein. Der Arbeiter sitzt zollweit an den Wänden. Warum die Herren Aktionäre in ihrem letzten Geschäftsberichte über Poliermangel klagen mußten, sollen sie hiermit ebenfalls erfahren. Die Polirer, welche die bestorganisirte Branche sind, wollen sich 1. einer Zuchthausstrafe nicht unterwerfen; 2. mögen sie so hohe Preise für Material nicht bezahlen; 3. giebt der Herr Poliermeister Stöhr die beste Arbeit seinen Söhnen, welche selbstständig sind, heraus, die Polirer sollen dann bloß die schlecht bezahlte Arbeit machen.

**Muhrt.** In unserer Mitgliederversammlung am 25. Februar hielt uns Kollege Otte-Düffeldorf einen sehr interessanten Vortrag über den neuesten Zuchthauskurs. Es erübrigt sich wohl, auf die Ausführungen an dieser Stelle weiter einzugehen, nur können wir konstatieren, daß unsere Kollegen durch den Vortrag ein Bild bekommen haben, wie hier in Preußen-Deutschland mit zweierlei Maß betreffs Unternehmer und Arbeiter gemessen wird. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. In der Diskussion wurde noch das Vorgehen der hiesigen Behörde scharf kritisiert. Als Ueberwachung waren ein Wachtmeister und ein Polizeiergeant anwesend. Es war gegen 11 Uhr 20 Minuten, da rief der Wachtmeister: „Ich schließe die Versammlung und fordere Sie auf auseinander, zu gehen, die Polizei ist beleidigt worden, ich werde Anzeige erstatten.“ Wir gingen natürlich auseinander, aber wir werden gegen diese Gefekesverletzung Beschwerde führen. Kollegen Deutschlands, so agitiert die Polizei für uns hier in Muhrt. Es herrscht ein guter Geist unter den hiesigen organisirten Kollegen. Und es ist nun Pflicht jedes einzelnen Kollegen, für unsere gerechte Sache nach besten Kräften einzutreten: Uns zum Schutz, unseren Feinden zum Trug! Zum Schluß, Kollegen Muhrt, ermahnen wir Euch, unseren Vereinswirthe W. Kühnen nach besten Kräften zu unterstützen, verzehrt Eure Groschen da, wo Ihr Eure Interessen vertreten könnt, damit der Wirth nicht durch Machinationen der Polizei uns sein Lokal zu entziehen genöthigt ist.

**Schwabach.** (Situationsbericht.) Wir theilen den Kollegen Deutschlands mit, daß die Gewerkschaften am hiesigen Orte einen Zentralarbeitsnachweis errichtet haben und eruchen die organisirten Kollegen, sich denselben zu bedienen und jedes Umhauwen zu unterlassen, denn jeder zugereichte Kollege soll sich vorerst in seinem eigenen Interesse beim Arbeitsnachweis erkundigen, es wird ihm dort Auskunft erteilt werden. Wir wollen die Kollegen zugleich über Einiges betreffs der Schwabacher Verhältnisse aufklären. Daß wir in keinen rofigen Zuständen stehen, beweist schon der Umstand, daß wir Kollegen mit M. 8—9 pro Woche haben und ein Lohn von M. 17—18 eine Seltenheit ist. Daß wir natürlich nicht vorwärts kommen, daran sind die Kollegen am Orte selbst schuld, denn eine Interesslosigkeit, wie sie hier am Plage ist, kann nicht leicht wiedergefunden werden. Den fremden Kollegen müssen wir ebenfalls eine große Schuld mit beimessen, gerade diese sind es, welche unsere erzwungene Arbeitszeit illusorisch machen und an persönlichen Gehässigkeiten ihre Freude haben. Kollegen am Orte, schüttelt endlich einmal die Schlafmüdigkeit ab. Bedenkt, daß es nur einer schlagfertigen Organisation möglich ist, bessere Lebenshaltung zu schaffen. Niemand sollte sich nachsagen lassen, daß er die Ergrungen der Organisation wohl gemessen wolle, im Kampf um dieselben aber nichts gethan habe, wie es hier am Orte von einigen Kollegen gemacht wird, die zwar die Ergrungen annehmen, sich aber um die Organisation nicht bekümmern. Daher, Kollegen Schwabach, laßt alle persönlichen Reibereien untereinander und kämpft Schulter an Schulter, so kann auch hier die Organisation werden, was sie sein soll.

**Teterow.** (Situationsbericht.) Um die rofigen Zustände in der Werkstätte des Herrn Tischlermeisters Schwarz einmal wieder zu schildern, sehen sich die unterzeichneten Kollegen zu folgenden Mittheilungen veranlaßt: 1. Am vorletzten Zahlungstag, also am 18. d. M., wurden uns Kollegen vom Meister 50 % Lohnzuschlag bewilligt, d. h. für sämtliche Kollegen, da auch hier in der Wude Klassenlöhne existiren. Am letzten Zahlungstag erklärte Meister Schwarz, von jetzt ab müsse er uns Invaliden- und Krankengeld vom Lohne abziehen, was bis jetzt nicht der Fall war. Das heißt mit der einen Hand geben und mit der anderen Hand nehmen. Nun versteht es sich doch von selbst, daß, wenn man im Wochenlohn steht, die Festtage, die in die Arbeitswoche fallen, mit bezahlet werden. Auch auf dieses wollte sich der gute Meister nicht einlassen. 2. Erklärte der Meister Schwarz, da er jetzt nicht mehr die ganze Nacht die Haus Thür anlassen wolle, sehe er sich genöthigt, einem jeden Kollegen einen Haus Thürschlüssel zu verabfolgen, aber nicht umsonst, sondern für eine zu entrichtende Gebühr von 75 %.

3. Was nun die Kost anbetrißt, so sei hier folgendes angeführt: Naturbutter feunt man hier nur der Sage nach, an der Tagesordnung ist hier Margarine. Zum Frühstück giebt es zwei „gut belegte Sullen“, natürlich vom Beken; die beiden Sullen mit Margarine beschmiert und auf der einen Seite 2—3 Stückchen Leberkäse und auf der anderen gewöhnlich Hottelch! Daß ein Arbeiter bei diesem Futter nicht existiren kann, wird wohl jedem denkenden Menschen einleuchten. Also, alle arbeitslunigen Tüchler, die dieses Eldorado von Herrn Schwarz mal besuchen wollen, können sich schon hiernach richten. Die hiesige Zahlstelle hat sich hierdurch genöthigt gesehen, über diese Werkstätte die Sperre zu verhängen. Die Lokalverwaltung.

**Wilhelmsburg.** Die am 19. Februar abgehaltene Versammlung war ziemlich gut besucht. Der Kollege Arzberger aus Harburg war als Referent erschienen und sprach über das Thema: „Ist die Organisation am Orte durchaus nothwendig?“ Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Im zweiten Punkt wurde die Werkstätte eines Bauunternehmers besprochen. Sobald erlebte man die Wahl zum Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. Kollege Arzberger wurde einstimmig gewählt. Nach einem kurzen Schlußworte desselben wurde die Versammlung geschlossen.

**Aus den Berufen der Holzbranche.**  
Bericht über den zu Gunsten der Kollegen beendeten Werkstattestreik bei der Firma Schwarz, Urbanstraße 67,

**Berlin.** Von 9 dort beschäftigten Drechsler legten 7 Kollegen, welche alle dem Verbanne angehörten, am Montag, den 13. Febr., die Arbeit nieder, da eine Verständigung mit der Firma nicht zu erzielen war. Auch der Lohnkommission, bestehend aus den Kollegen Maack und Bünte (Obmann der Drechsler desselben Bezirks), welche verhandeln sollte, wurde schmebde und großprozig die Thüre gewiesen. Sämtliche Kollegen, außer zweien, die in der Werkstätte geblieben waren (die Kollegen Menckel und Heilmann), standen fest und geschlossen zusammen, und nach 8 Tagen wurde ihnen ein Sieg zu Theil, den die Arbeiter sich nicht besser vorstellen konnten. Erstens wurde der Werkführer der Drechsler (früherer Drechslermeister) Franz aus der Försterstraße, welchen viele Drechslergefellenz zur Genüge kennen werden, am Montag, den 20. Februar, Nachmittags, mit vollem Gehalte von 11 Thalern sofort entlassen. Diesen Lohn muß die Firma Schwarz bis zum 1. April 1899 zahlen, da selbiger in Kündigung stand. Jetzt folgen sämtliche Forderungen, welche Abends am 20. Februar, im Beisein der Lohnkommission (vertreten durch Bünte) die Firma und der neue Drechslermeister unterschrieben haben: 1. Fertigstellung eines Tarifs (sofort). 2. Wiederherstellung der alten Preise bis zurück zum 1. August 1898. 3. Einstellung sämtlicher Streikenden. 4. Unterlassen jeglicher Maßregelung der Streikenden. 5. Anerkennung der Lohnkommission bei der Entziehung von Lohnstreitigkeiten und sonstigen Differenzen. 6. Aushängung des Lohns und schriftliche Unterzeichnung desselben. 7. Abrechnung über die nicht fertig gestellten Arbeiten vor dem Streik. Den Kollegen sind außerdem die Preise einzelner Arbeiten von 5—25 pZt. erhöht worden.

Die Kollegen ersehen hieraus wieder einmal, daß festes Zusammenhalten zum Siege führt. Also alle Mann eintreten in den Verband!

**Die Differenzen in der Kehlsteifenfabrik von Gersdorf & Brandenburg in Basing bei München** wegen Einführung der Akkordarbeit sind noch nicht beseitigt. Eine diesbezügliche Notiz in der bürgerlichen Presse ist vollständig falsch; falsch ist auch die Behauptung, daß in einer Abtheilung der Fabrik die von der Prinzipalität festgesetzten Akkordlöhne von den Arbeitern anerkannt worden seien. Eine Versammlung der in der betreffenden Fabrik beschäftigten Arbeiter hat vielmehr beschlossen, die Akkordarbeit so lange entschieden zurückzuweisen, als nicht der bisherige Tagelohn bei eventueller Akkordarbeit garantiert wird.

**Achtung, Tischler!** Zugang ist streng fern zu halten nach W i n s e n a. d. L u h e (Tischlermeister Rabens, Plankestr. 2). Bericht folgt.

**Achtung, Maschinenarbeiter, Tischler und Bildhauer!** Zugang streng fern halten nach F r a n k f u r t a. d. O. (Werbefabrik von Hugo Schüler), wegen Abzugs von 12½—75 pZt. Bericht folgt.

**Eine öffentliche Parteflegerversammlung, welche am 22. Februar in Dresden tagte, beschloß, nachdem alle Verhandlungen mit den hiesigen Arbeitgebern gescheitert, einstimmig, behufs Durchführung eines einheitlichen Tarifs in den Ausstand zu treten.**

**Achtung, Drechsler!** Wegen Lohn Differenzen mit der Firma S c h ä f e r in S d i t z a. M. ist der Zugang streng fern zu halten.

**Achtung, Dortmund!** Wegen Lohn Differenzen ist der Zugang von Drechsler von der Werkstätte F e u e r b a u m und von Möbelschreinern von der Werkstätte B o r n & H o e n i g fern zu halten.

**Achtung, Korbmacher!** Ueber die Korbmacherei von G. Barre in O s l e b s h a u s e n ist die Sperre verhängt.

**Achtung, Leipzig!** In der Korbwaaren- und Rohrmöbelfabrik von Mathesius & Co. in Leipzig, Sidonienstr. 61, haben am Montag sämtliche Korbmacher, außer einem, die Arbeit wegen Differenzen niedergelegt. Die Kollegen werden ersucht, davon Notiz zu nehmen.

**Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.**

**Das Streikcomité der Krefelder Weber** wendet sich mit folgendem Aufruf an die gesammte Arbeiterchaft Deutschlands:

In dem Krefelder Sammetweber-Ausstand hat sich die Situation so weit geklärt, daß man sich behaupten kann, der Versuch der Sammetfabrikanten, den Webern eine ihren Lebensunterhalt herabdrückende Lohnliste aufzuzwingen, muß als endgültig gescheitert betrachtet werden.

Durch die Vermittelung der sozialten Kommission der Stadt Krefeld sind nun Unterhandlungen angeknüpft worden. Satten die Vertreter derselben anfangs noch geglaubt, den Arbeitern die probeweise Annahme der Arbeit auf Grund der Fabrikanten-Lohnliste anempfehlen zu können, so haben die Vertreter der Sammetweber auch nicht den geringsten Zweifel darüber gelassen, daß die Zeiten vorbei sind, in denen man die Arbeiter durch diplomatische Kniffe dazu bewegen konnte, wieder in die Fabrik hineinzugehen, ehe sämtliche Bedingungen geregelt sind. Daraus geht hervor, daß der Kampf noch ein langwieriger werden kann. Trotzdem die Fabrikanten das Ende desselben jedenfalls herbeiwünschen, möchten dieselben sich gerne an den klar ausgesprochenen Bedingungen der Arbeiter, die keine Lohnforderungen, sondern lediglich eine gerechte Regelung der Arbeitslöhne enthalten, vorbeidrücken.

Es hat sich nun stets als verhängnißvoll erwiesen, wenn die Arbeitskollegen im Lande auf die erste beste Nachricht in bürgerlichen Blättern hin, daß Aussicht auf Beilegung eines Streiks vorhanden wäre, sofort die weitere Sendung von Unterstützungen einstellen. Selbst wenn an dem guten Ausgange des Streiks nicht gezweifelt werden kann, so kann es doch dazu beitragen, daß sich die Arbeiter bewegen fühlen, in letzter entscheidenden Augenblick sich mit münderwerbigen Zugewandten zufrieden zu geben. Für die endgültige, negrte Durchführung eines Ausstandes ist es von größter Wichtigkeit, daß während der Zeit der Unterhandlungen die Beiträge reichlicher fließen als je, besonders wenn der Ausgang der Verhandlungen so fraglich ist, wie im gegenwärtigen Falle.

Die deutsche Arbeiterschaft, welche bisher so glänzende Beweise ihres Solidaritätsgefühls gegeben und erst das Standhalten der Krefelder Sammelweber ermöglicht hat, wird, davon sind wir überzeugt, diese Ausführenden beherzigen und durch ein erneutes Eintreten für unsere gerechte Sache den Ausstand der Krefelder Weber nicht nur zu einem befriedigenden, sondern auch nach jeder Seite hin siegreichen Ende führen.

Alle Geldsendungen wolle man richten an den Kassirer Hermann Baer, Krefeld, Kaiserstraße 18.

**Ein lebhafter Kampf um den Arbeitsnachweis** ist innerhalb des Ziegeleigewerbes entbrannt. Auf der vierten ordentlichen Generalversammlung des Gewerkevereins der Ziegler, der am 12. Januar in Detmold tagte, wurde von Pastor Reiß-Schwalenberg betont, daß der Versuch seines Gewerkevereins, ein Zusammengehen der Organisation der Ziegeleibesitzer und derjenigen der Ziegler zu heranzuführen, am Widerstand der Ziegeleibesitzer gescheitert sei. Es wurde die Errichtung eines Arbeitsnachweises mit der Zentralstelle in Lippe und Jülich in Bielefeld, Hesse u. s. w. beschlossen. Gegen diese Nachweise der Arbeiter wendet sich seit längerer Zeit schon mit großem Eifer der Verband deutscher Thonindustrieller, der einen einseitigen Unternehmensnachweis errichtet hat. Das Hauptaugenmerk dieses neuen Arbeitsnachweises ist zu einem großen Theile darauf gerichtet, italienische Ziegeleiarbeiter nach Deutschland einzuführen. Die italienische Gesandtschaft in Berlin hat ihm, wie der „Arbeitsmarkt“ zu berichten weiß, die Unterstützung der italienischen Regierung in Rom zugesichert, und der Verband hat auch in einer längeren Eingabe die Förderung seiner Bestrebungen durch die italienische Regierung direkt nachgesucht. Der Arbeitsnachweis selbst ist in Berlin domicilirt. Zwischen dem neuen Unternehmensnachweis und dem Nachweis des Gewerkevereins der Ziegler kann ein Konflikt um so weniger ausbleiben, als der Gewerkeverein die Herbeiziehung ausländischer Arbeitskräfte bekämpft, während sie der Verband deutscher Thonindustrieller und ihr Arbeitsnachweis direkt befördert. Der Kampf des Verbandes deutscher Thonindustrieller gegen den Nachweis des Gewerkevereins der Ziegler ist um so charakteristischer, als der Gewerkeverein der Ziegler auf christlich-patriotischer Grundlage ruht und noch immer an die Harmonie zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft glaubt.

**Die Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter** hielten in vergangener Woche in Magdeburg ihren fünften Verbandstag ab. Erschienen waren 66 Delegirte aus 44 Wahlabtheilungen, 2 Vorstands- und 1 Verbandsauschussmitglied, und als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Sabbath-Hamburg. Die Verhandlungen leitete Krens-Hamburg.

Der Geschäftsbericht, welcher zuerst zur Tagesordnung stand, konstatierte eine Besserung der Lage der in der Bauindustrie beschäftigten Arbeiter. Ihre wirtschaftliche Verbesserung hätten sich die Bauarbeiter aber erst durch Lohnkämpfe erringen müssen. Die Organisation hat sich günstig entwickelt; im Jahre 1895/96 hatte sie 61 Zahlstellen mit 4000 Mitgliedern, am Schlusse des dritten Quartals 1898 aber über 125 Zahlstellen mit gut 10000 Mitgliedern. Von diesen Mitgliedern haben im Jahre 1898 8564 ihre Beiträge voll entrichtet. Die Streiks haben sich in den beiden letzten Jahren stark vermehrt. Die Ausgabe für Streiks resp. Maßregelung im Jahre 1897 betrug M. 10829,14, im Jahre 1898 aber M. 51150,44. Diese Summe erhielten insgesammt 24 Zahlstellen. Die Streiks verliefen fast alle zu Gunsten der Arbeiter. Infolge der Streiks sind in den Jahren 1897 und 1898 42 Arbeiter mit zusammen 4 Jahren 1 Monat 3 Wochen und 2 Tagen Gefängniß, 13 Wochen Haft und M. 153 Selbststrafe bestraft worden. Für Rechtschutz wurden M. 472 verausgabt. Die Bilanz vom 31. Dezember 1897 ergab eine Einnahme von M. 37501,96, eine Ausgabe von M. 23232,76, einen Bestand von M. 14269,20. Die Bilanz am 31. Dezember 1898 war folgende: Einnahme M. 100442,14, Ausgabe M. 77472,22, Bestand M. 22969,92. — Das Verbandsorgan hatte Ende 1897 eine Auflage von 13000, Ende 1898 rund 14000.

In der Debatte über den Geschäftsbericht wurde eine Reihe von Beschwerden gegen Vorstand und Ausschuss vorgebracht, so von Delegirten aus Dresden, Pirna, Zwenkau. Beschlossen wurde, alle Beschwerden einer Kommission von fünf Mitgliedern zu überweisen. In der Kommission sollen Magdeburg, Schwerin, Kiel, Dresden, Lübeck vertreten sein.

Zum Geschäftsberichte des Vorstandes wünschte Matelmann-Hamburg, daß in Zukunft im Zentralvorstande nicht vor Ablauf der Zeit ein Personenwechsel eintrete. — Töpfer-Hamburg ersuchte den Vorstand, dafür zu sorgen, daß das Verbandsorgan besser ausgestattet und der Redaktionsausschuß weiter hinausgeschoben werde; das Organ habe sich seit 1891 nicht verbessert, sondern verschlechtert, ein bestimmter, ständiger Redakteur müsse mit der Herstellung des Organs betraut werden. — Lange-Hamburg meinte, daß die mangelhafte stoffliche Ausstattung des Organs an der Mithinwirkung der Verbandskollegen liege. Beim folgenden Punkte der Tagesordnung: Untere Organisation, und wie verbessern wir dieselbe? schloß die Handborn-Altona (Erdarbeiter) die sozialen Verhältnisse der Bau- und Erdarbeiter und empfiehlt eine rege Agitation.

**Krens-Hamburg:** Es ist von uns versucht worden, die Arbeiter der Bauindustrie (auch Maurer und Zimmerer) in eine gemeinsame Organisation zu bringen. Wir wußten mit den gelehrten Arbeitern zusammenzugehen, denn die Unternehmerorganisationen lehnen uns diesen Zusammenstoß. Der Gewerkschaftsausschuß hat einen dahingehenden Antrag leider abgelehnt. Ob der im März stattfindende Bauarbeiterkongress auch dieser Ansicht ist, wird sich zeigen. Es ist eine Nothwendigkeit geworden, daß sich die gelehrten Arbeiter der Bauindustrie gemeinsam organisieren; verschiedene Streiks haben diese Nothwendigkeit gelehrt. Eine Organisationsform im Baugewerbe wäre das Beste. Nachher er noch des Räthens die letzte Ansicht begründet, sprich er die Hoffnung aus, daß die Maurer und Zimmerer sich baldigen von der Nothwendigkeit des Industrieverbandes überzeugen werden. — Auch Sabbath-Hamburg wünschte das und hebt noch die Nothwendigkeit der Agitation unter den polnischen Erdarbeitern hervor.

Lange-Hamburg richtete folgende Resolution ein: „Der untere Verbandstag der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter ermahnt wiederum ausdrücklich an, daß die Bauarbeiter, nur unter sich organisieren, kein von den gelehrten Arbeitern unterstütztes Unternehmertum nicht mit solchen Nothwendigkeiten kommen, als wenn sie mit den Maurern

zusammen in einer Organisation vereinigt wären. Die Interessen der in der Bauindustrie thätigen Arbeiter (Maurer, Zimmerer, Bau- und Hilfsarbeiter) wären gemeinschaftlich bedeutend besser gewahrt, als wenn jede Branche für sich allein vorgeht und dadurch ihre Kräfte zerplittert. Da der vierte Verbandstag jedoch schon vor zwei Jahren an den Verbandstag der Maurer mit dem bestimmten Wunsche herangetreten ist, in deren Organisation mit aufgenommen zu werden, so bedauert der fünfte Verbandstag, daß die Maurer diesen Wunsch zurückgewiesen haben. Er bedauert dieses um so lebhafter, weil man in ziemlich nichtachtender Weise unsere Resolution dem Vorstande zur Verächtlichung überwiesen. Trotzdem erklärt der fünfte Verbandstag, unentwegt auf seinem Wunsche zu beharren und fordert wiederum ganz energisch die Aufnahme der Bauarbeiter in die Organisation der Maurer, weil die Nothwendigkeit bei den Kämpfen im letzten Jahre in der eifrigsten Weise erbracht ist.“

Diese Resolution wurde angenommen. Nachdem hierauf beschlossen worden war, den Sitz des Verbandes in Hamburg zu belassen, schritt man zur Statutenberathung, woraus wir Folgendes hervorheben:

Ueber die Aufnahme weiblicher Mitglieder entspann sich eine interessante Debatte. Drei Ansichten wurden vertreten. Die Vertreter Hamburgs betrachteten die Aufnahme der Frauen nur als Formfrage, versprachen sich Erfolge aber nicht. Von Vertretern Süddeutschlands wurde die Aufnahme der in Baugewerbe thätigen Frauen befürwortet, da die Bauindustrie Süddeutschlands viele weibliche Arbeiter aufweise. Würden die Frauen zum Verbandsorgane zugelassen, dann könne in Süddeutschland unter den weiblichen Arbeitern wirksam agitiert werden. Von anderer Seite wurde die Zulassung der Frauen abgelehnt; das Bestreben der Bauarbeiter sei, aus sittlichen und hygienischen Gründen die Frauen von der Arbeit auf Bauten zu verdrängen. Die Zulassung der Frauen widerspreche jeder Bauarbeiterfortschritt. Eine Abstimmung über die Zulassung der Frauen fand nicht statt, da ein diesbezüglicher Antrag nicht vorlag.

Ueber das Streikreglement wurde ebenfalls sehr lebhaft debattirt. Dasselbe ist deshalb bei den Bauarbeitern von großer Bedeutung, weil viele Streiks nur durch Beschlüsse öffentlicher Versammlungen in Kraft treten. Lange-Hamburg empfiehlt dringend die Annahme eines Streikreglements. In den letzten Jahren seien große Streiks und große rigorose Ausperrungen (z. B. Magdeburg) ausgebrochen. Die Mittel des Verbandes hätten nicht ausgereicht zur Durchführung der Kämpfe, es hätte oft an die Oeffentlichkeit appellirt werden müssen. Darum sei ein Streikreglement nöthig, welches die Möglichkeit gebe, mehr aus den eigenen Reihen der Bauarbeiter herauszuholen.

Die Delegirten erklärten sich im Prinzip für ein Streikreglement. Betreffs der Delegirtenzahl, die eine Mitgliedschaft zum Verbandstag entsenden darf, wird beschlossen: 200—400 entsenden einen, mehr als 400 Mitglieder entsenden zwei Delegirte.

Ueber das Verbandsorgan entspann sich eine längere Debatte. Eine Anzahl von Delegirten war mit dem Verbandsorgan nicht zufrieden. Nach Ansicht des Vorstandes und einiger Delegirten entspricht das 14tägige Erscheinen des Organs nicht der jetzigen Größe und den Aufgaben des Verbandes, weshalb im Geschäftsbericht die Nothwendigkeit eines achtstägigen Erscheinens hervorgehoben wird. Weiter wird über die inhaltliche Ausstattung geflagt.

Es machte sich eine hartnäckige Opposition gegen die Beitragserhöhung geltend. Als Hauptargument gegen die Erhöhung wurde der Austritt vieler Mitglieder als Folge einer Beitragserhöhung geltend gemacht; wenn die Erhöhung eintreten sollte, dann müsse sie unter Fortfall der Extrasteuer (Streikfondsteuer) eingeführt werden. Die Beitragserhöhung wurde unter Hinweis auf die erhöhten Anforderungen an die Verbandskasse berathen. Andere Delegirte nahmen eine Mittelstellung ein; sie konnten sich für Beibehaltung der bisherigen Beitragshöhe und für Erhöhung des Eintrittsgeldes erwärmen.

Im Namen des Hauptvorstandes vertrat Lange-Hamburg folgenden Antrag:

„Zur Unterstützung von Streiks wird ein obligatorischer Streikfonds gegründet und wird in Orten, wo der Lohn M. 2,50 bis M. 3 täglich beträgt, wöchentlich 10 M., in Orten, wo der Lohn M. 3—4 beträgt, wöchentlich 20 M., bei einem Lohne von M. 4—5 wöchentlich 30 M. und über M. 5 wöchentlich 50 M. erhoben. Die Zahlung zu diesem Streikfonds erfolgt in den Monaten Mai, Juni, Juli, August. In Orten, wo die Kollegen sich im Streik befinden, sind die davon Betroffenen von der Zahlung dieser Beiträge während der Dauer des Streiks befreit.“

In namentlicher Abstimmung wurde mit 25 gegen 48 Stimmen die Erhöhung der Beiträge prinzipiell abgelehnt. Bei gleicher Abstimmungsweise wurde die Einführung eines obligatorischen Streikfonds mit 47 gegen 12 Stimmen angenommen. (14 Delegirte enthielten sich der Abstimmung.) Gleichfalls in namentlicher Abstimmung wurde die Erhöhung des Eintrittsgeldes von 25 auf 50 M. mit 60 gegen 12 Stimmen angenommen. (1 Delegirter enthielt sich der Abstimmung.)

Nachher kam das Streikreglement zur Berathung. Lange-Hamburg (im Namen des Vorstandes) erklärte das zur Debatte stehende Streikreglement sei nur ein Produkt der Erfahrungen, welche die Kämpfe der letzten Jahre brachten. Wollte das Unternehmertum von einer Vereinbarung nichts wissen, sondern nur den Kampf, dann müsse ein Reglement vorhanden sein, das den Mitgliedern und dem Vorstande die Grenzen der Rechte und Pflichten vorzeichne. Krens-Hamburg legte in seinen Ausführungen das Hauptgewicht auf den Streikfonds, den er gestärkt wissen will. Er empfahl die unveränderte Annahme der Vorlage. Das Reglement, welches 19 Paragraphen enthält, bestimmt, daß zum Streikfonds in den Monaten Mai bis inkl. August gekauert werden muß. Die Delegirten beschloßen demgemäß.

Das Streikreglement bestimmt in §§ 1 und 2, daß Streiks einen Monat vor Ausbruch dem Vorstande angezeigt werden müssen und der Genehmigung des Vorstandes bedürfen. Nach der Begründung sind diese Bestimmungen zwecks Vermeidung planloser Streiks in das Streikreglement gesetzt worden. Es sei vielfach vorgekommen, daß nur die Stimmung einer öffentlichen Versammlung maßgebend gewesen ist zur Injunctio eines Streiks, aus dem schließlich ein Generalkrieg entstand. Sabbath-Hamburg wies auf die Gefahr hin, welche eine solche Bewegungsfreiheit der Organisation bringt. Versuche ein Giglopi, den Massen die Nothwendigkeit eines Streiks vorzureden, dann beschleße die Masse demgemäß, ohne Rücksicht auf die Ansicht der Organisatoren. Dann müsse aber die Organisation trotzdem das Unterstützungsgeld hergeben. Um solche Gefahren zu beseitigen, müsse

der Organisation das Recht gegeben werden, über den Streik zu befinden. Die Mehrheit der Delegirten ertheilte denn auch dem Vorstande das Streikgenehmigungsrecht und beschloß außerdem noch, daß ein Streik nur von der in Frage kommenden Zahlstelle des Verbandes und nur mit einer Zweidrittelmehrheit beschloßen werden kann; die Abstimmung müsse eine geheime sein. Auch die Bestimmung über die Pflicht der Zahlstellen, jeden Streik einen Monat vor Ausbruch dem Vorstande anzuzeigen, wurde angenommen. Nach einer kurzen Begründung wurde alsdann dem Vorstande das Recht gegeben, jeden Streik durch einen Abgesandten kontrolliren zu lassen und die Genehmigung wie Unterstützung eines Streiks von den jeweiligen Arbeitsverhältnissen und der Stärke der Organisation, sowie den zur Unterstützung vorhandenen Mitteln abhängig zu machen. In § 13 will der Hauptvorstand die Unterstützungsberechtigung von einer wöchentlichen Beitragsleistung abhängig machen. — Bremen beantragt, daß bei einem Streik nur die Mitglieder Unterstützung beanspruchen dürfen, welche vor dem Streik 16 Wochen dem Verbande angehören. Die Delegirten nahmen beide Anträge mit dem Zusatz an, daß der Vorstand in außergewöhnlichen Fällen berechtigt ist, Unterstützung auch bei kürzerer Zeitdauer der Mitgliedschaft zu gewähren. Die Festsetzung der Höhe der Unterstützung ist Sache des Vorstandes.

Bei der Wahl der Geschäftsleitung des Verbandes wurde gewählt als erster Vorsitzender Krens-Hamburg, als Kassirer Lange-Hamburg, als Redakteur Töpfer-Hamburg. Als Delegirte des nächsten Gewerkschaftskongresses wurden Krens-Hamburg und Reintaler-Berlin gewählt. Zu Revisoren wurden Drows-Hamburg, Albrecht-Kiel, Gröning-Schwerin bestimmt. Damit waren die Aufgaben des Verbandstages erledigt. Vorsitzender Krens wies in seinem Schlußwort auf die in Aussicht stehenden Kämpfe hin, mahnte zum ruhigen Handeln und schloß mit einem begeisterten Hoch.

Der nächste Verbandstag findet in Braunschweig statt.

**Der Bericht der österreichischen Gewerkschaftskommission für 1898** ist erschienen. Trotz des anhaltend schlechten Geschäftsganges in den meisten Industriezweigen muß anerkannt werden, daß die gewerkschaftliche Organisation in Oesterreich einen achtenswerthen Schritt nach vorwärts gethan hat. Man muß sich die großen Hindernisse, die einer freien Entwicklung der Gewerkschaften in Oesterreich im Wege stehen — wir verweisen nur auf das beschränkte Koalitionsrecht, die Verschiedenheit der Nationalität und Sprache — vor Augen halten, um die geleistete organisatorische Arbeit richtig abschätzen zu können. Berücksichtigt man diese Schwierigkeiten und die bescheidenen materiellen Mittel, die der Gewerkschaftskommission zur Verfügung standen, so muß man zugestehen, daß sie unter den gegebenen Verhältnissen für die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter Oesterreichs ihr Möglichstes gethan hat. Die Thätigkeit der ältesten und wirtschaftlich kräftigsten gewerkschaftlichen Organisation Oesterreichs, der *Uchruker* Organisation, war vornehmlich darauf gerichtet, die feste Aneinandergliederung der Landesvereine zu fördern, um so den vereinbarten Lohnstarif in allen Provinzorten, wo er noch nicht besteht, einzuführen. Eine Hilfe, aber besonders intensive Arbeit der organisirten Buchdrucker richtete sich darauf, den Kampf bei Einführung der *Sezmashine* erfolgreich bestehen zu können.

Die Buchbinder haben nach sechsjähriger Organisationsarbeit 50 pzt. der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in der Organisation stehen und haben bei der letzten Lohnbewegung nach vierwöchentlichem Kampfe bedeutende Erfolge errungen. Die Papierarbeiter haben die bisherige Landesorganisation in einen Reichsverein umgeändert. Die Unternehmer haben ein Kartell geschlossen, um die Produktion zu vermindern.

Die Eisen- und Metallarbeiter, die erste Industriezweige Oesterreichs, die zur Bildung der höchsten Organisationsform — der Union — geschritten ist, hat einen Mitgliederzuwachs von 4000 Mann zu verzeichnen. „Die Taktik dieser Organisation“, heißt es im Bericht, „geht derzeit dahin, erst die Organisation auszubauen und sich zu kräftigen, bevor man es auf einen ersten Konflikt ankommen läßt.“

Die Organisationsverhältnisse der Glas- und keramischen Arbeiter, sind trotz der großen Lohnkämpfe in Dalkwig und Aich, die allein 120000 fl. kosteten, als gute zu bezeichnen. Einen besonders erfreulichen Fortschritt in der Organisation haben die Bergarbeiter zu verzeichnen. Durch die Gründung von Distriktsverbänden wurden die kleinen, zerstreuten Fachvereine zu einem festen Gefüge vereinigt. Der Zentralverband der Distriktsverbände versucht nun, eine ganz Oesterreich umfassende einheitliche Bergarbeiterorganisation zu schaffen. Die große Lohnbewegung der Bergarbeiter im vergangenen Jahre hatte zwar nicht den gewünschten Erfolg, aber sie läßt erkennen, daß die Bergarbeiter bereits Verständnis für eine bewußte Führung der Lohnkämpfe haben. Die plan- und ziellose Streikausbrüche der früheren Jahre, die nicht selten im Blute der Bergarbeiter erstickt wurden, sind für die Zukunft unmöglich gemacht.

Die Organisation der Bauarbeiter hat nur in einigen Städten Böhmens und in den Alpenländern einen Zuwachs von Mitgliedern zu verzeichnen. In Wien leidet die Organisation unter der Fluktuation der Fachangehörigen. Dem Holzarbeiterverband gehören seit dem Jahre 1898 sämtliche Holzarbeiterorganisationen Oesterreichs an. Die letzten Lohnbewegungen in dieser Branche wurden mit theilweisem Erfolge beendet.

Die Organisations der Lebensmittelarbeiter weisen insbesondere in Steiermark einen Rückgang auf. Ursache dieser Erscheinung sind persönliche Reibereien. Die Organisation der im Handelsgewerbe Beschäftigten ist, soweit Wien in Betracht kommt, eine mehr genossenschaftliche als gewerkschaftliche.

Die Lederarbeiter (Weiß- und Rothgerber) haben mehrere Konferenzen abgehalten, in denen die künftige Form der Fachorganisation eingehend berathen wurde. Die Weißgerber gründen einen Reichsverein, der seinen Sitz in Prag haben soll.

Die geplante Verschmelzung der Schuhmacher und Schneider zu einer Bekleidungsindustriezweige ist nicht zu Stande gekommen. Die *Hutmacher* Oesterreichs haben ihre veraltete Organisationsform den modernen Ansprüchen der Gewerkschaftsorganisation angepaßt.

In der Generalversammlung des Reichsvereins der Handwerker wurde gleichfalls ein wesentlicher Fortschritt der Organisation festgestellt.

Die verschiedenen Drechslerbranchen haben sich zu Weihnachten 1898 zu einer neuen Zentralorganisation unter dem Namen „Verband der Galanteriearbeiter Oesterreichs“ vereinigt.

Eine Zentralorganisation für die Arbeiter der chemischen Industrie ist erst im Werden begriffen.

Das Organ der Kommission, „Die Gewerkschaft“, wurde innerhalb des letzten Jahres in 46350 Exemplaren gratis an die Organisationen abgegeben.

Arbeitsentstellungen wurden bei der Kommission 250 angemeldet, bei vielen intervenirte sie entweder direkt oder mit Hilfe der Provinzvertrauensmänner.

Der Streikfonds hatte an Gesamteinnahmen (einschließlich des Saldo vom Jahre 1897) fl. 24111,40, an Gesamtausgaben fl. 23180,65.

Achtung, Schlächter und Wurstmacher! Unsere deutschen Kameraden werden gewarnt, eventuelle Stellenangebote nach Kopenhagen anzunehmen.

Der Vorstand des Schlächterverbandes Dänemarks.

Bergarbeiter in England. In London tagte der Versöhnungsrath der englischen Kohlenindustrie. Die Arbeiter forderten eine 7 1/2 procentige Lohnerhöhung.

Holzzeitliches und Gerichtliches.

Die Arbeitsverträge der Gebrüder Noa in Berlin. Die Schirmstock-Fabrikanten Gebrüder Noa bemühen sich seit längerer Zeit, ihre Arbeiter durch schriftliche Verträge auf vier, halbe und ganze Jahre unter bestimmten Bedingungen an sich zu fesseln.

Wegen Beleidigung und Nöthigung stand der Tischlergeselle E. aus Lauenburg vom dem Altonaer Landgericht. Er soll einem Kollegen, Namens Marwort, der ihn zu einem Glase Bier eingeladen hatte, geantwortet haben, mit einem Lump, der nicht einmal dem Holzarbeiterverbande angehöre.

wenn er sich noch fernerhin weigere, dem Verbanne beizutreten. Der folchergestalt Beleidigte und Bedrohte machte seinem Meister Meldung, dieser zeigte es der Polizei an, und die Staatsanwaltschaft erhob Anklage.

Das preussische Kammergericht hob eine landgerichtliche Entscheidung auf, nach welcher ein Tabakarbeiter verurtheilt worden war, weil er zu einem Arbeitswilligen gesagt: „Er würde ihn ja nichts thun, aber Andere würden nicht davon absehen“.

„Wenn Zwei dasselbe thun...“ In Hof (Bayern) hatte sich der ehemalige Arbeitswillige der Firma Rangler, Johann Schubert von Hof, wegen Bedrohung zu verantworten.

Polizistenwige. Der Arbeiterverein von Pischawitz, Leuben etc. hielt eine seiner regelmäßigen Vereinsversammlungen ab, die an bestimmten Tagen stattfinden, und wie es in solchen Fällen üblich ist, generell bei der Behörde angemeldet sind.

Literarisches. Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck' Verlag) ist jeben das 22. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ueber Klassenkämpfe.

demokratie und Kommunalverwaltung. Von C. Hugo. — Schippel und der Militarismus. Von R. Kautsky. (Schluß). — Literarische Rundschau. — Notizen: Was ist Materialismus. Von Konrad Schmidt. — Feuilleton: Cyrano de Bergerac von Edmond Rostand.

Die illustrierte Romanbibliothek „In freien Stunden“ (in Wochenheften à 10 A) begann jeben den dritten Jahrgang mit dem spannenden Roman: „Die Töchter des Südens“.

Reisehandbuch für wandernde Arbeiter. 8. Auflage. Verlag von J. Scherm, Nürnberg. Preis geb. M. 1,50 (Porto 10 A).

Arbeiter-Liederbuch für vierstimmigen Männerchor, herausgegeben von Josef Scheu, Tafelberg, mit Angabe der Tonarten und Akkordzeichen versehen. Enthält auf 100 Partiturenseiten 25 Arbeiter-, Volks- und Freiheitslieder.

Briefkasten. Mehrere Berichte mußten wegen Raummangels für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse deutscher Holzmacher. (C. S. 98, Zeitg.) Bekanntmachung. Nach § 48, letzter Absatz des Statuts, haben im Monat März die Neuwahlen der Ortsvorstände stattzufinden.

Berichtungs-Anzeiger.

Braunschweig. Sonnabend, den 4. März, Abds. 8 1/2 Uhr, im „Rhein Hof“, Wendenstr. 45. Tagesordnung: 1. Der neue Kurs deutscher Klassenentwicklung und die Arbeiter. (Referent Carl Krüger aus Halle a. d. S.). 2. Wahl eines Delegirten zum Gewerkschafts-Kongress.

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Dessau. Bevollmächtigter Ernst Barisch, Leichstr. 49, 2. Et. Kassirer Karl Oppermann, Quellendorferstr. 22.

Bekanntmachung.

Das Mitgliedsbuch Nr. 147065, lautend auf Franz Mohrmann, geb. den 22. April 1856, ist bei der Verwaltungsstelle Göttingen eingeliefert und kann von dort abgefordert werden.

Nachruf. Am 21. Februar starb unser treuer Kollege, der Schreiner Heinrich Schöpe aus Sellenau (Kr. Glatz) an Halschwindsucht im Alter von 32 Jahren.

A. Hennecke und O. Mücklich, sendet Eure Adressen an M. Marquardt in Grotzsch, Angergasse 98 (Bremen).

Polirmeister, tüchtig und energisch, sucht anderweitig Stellung. Gef. Offerten unter C. L. 60 an die Expedition d. Blattes.

Orts-Krankenkasse No. IX zu Görlitz.

Montag, d. 13. März, Abends 8 Uhr: General-Versammlung im Saale des „Belvedere“, Rauschwalberstr.

Ein tüchtiger Maschinenschler, welcher mit allen Holzbearbeitungsmaschinen für Bau, Möbel- und Stuhlfabriken vertraut ist und an allen Maschinen selbstständig arbeiten kann, sucht dauernde Stellung.

Maschinen-Saal-Meister für eine große Möbelfabrik gesucht. Derselbe muß mit jänntl. Holzbearbeitungsmaschinen genau vertraut sein und nachweislich langjährige Erfahrung in der Maschinenfabrikation von Möbeln besitzen.

Gewandte Zeichner und Werkmeister mit mehrjähriger Praxis und abgeschlossener Fachschulbildung empfiehlt die Tischler-Fachschule Neustadt i. Medlb. Staatl. Prüf.-Kommissar.

Tüchtige Schreinergefallen finden sofort dauernde Beschäftigung bei M. Horbert, Schreinerei mit Maschinenbetrieb, Bösch (Odenwald).

Möbeltischler, saubere Arbeiter, finden auf bessere Möbel dauernde und lohnende Beschäftigung. Anhaltische Holzindustrie-A.-G., Dessau.

Zum sofortigen Eintritt werden noch gesucht 2 Maschinenschreiner und 4 Bank-schreiner auf weiße Möbel. Karl Seifert, Möbelfabrik, Völklingen (Saar). Tüchtige Tischler stelle noch sofort ein. Reiseberggüting. E. Reusch, Dampf-tischlerei, Siegen.

Wegen Vergrößerung meiner Fabrik suche ich noch zirka

15 tüchtige Tischler

auf weiße Möbel für Lohnende, dauernde Arbeit.

C. C. Wehmann, Bremen, Vorwerkerstraße 1-7.

Tischler auf Buchbaum Werkstoffs u. Schränke für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.

10 bis 12 tüchtige Stuhlbauer finden bei den höchsten Akkordlöhnen dauernde Beschäftigung.

Tüchtige Polirer finden dauernde, gute Arbeit bei F. Bormann, Stuhlfabrik, Einbeckhausen b. Münden.

Gesucht sofort einen Stellmacher, organisierter behorjagt. Stellung dauernd.

Mehrere Stellmacher werden gesucht vom Arbeitsnachweis der Holzarbeiter Leipzigs, „Rohburger Hof“, Windmühlenstraße.

Gesucht sofort ein Drechsler. J. Fischer, Drechslermeister, Glückstadt.

Einige tüchtige Drechsler auf sofort gesucht. Kutsche & Co., Bockenm b. Hildesheim.

Holzdrechsler wird sofort gesucht. J. Rumohr, Drechslerei, Bramstedt (Holstein).

Tüchtige Kreidraspeler auf Horngriffe werden gesucht von C. W. Schimmelbusch & Co., Wald (Rheinl.).

Gesucht e. flotter Gestellarbeiter a. Rohrm. C. Kuntze, Hamburg, Grindelallee 165.

Auf sofort 2-3 tüchtige Korbmacher auf Gematt. Anfangslohn M. 6-7 pro Woche nebst Kost, Logis und Wäsche.

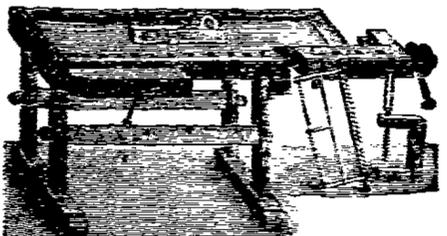
Ein tüchtiger Korbmacher auf geschlagene Arbeit sofort bei gutem Lohn, freier Station und dauernder Arbeit gesucht.

Korbmachergehülfen auf Gematt und grün Geschlagen sucht A. Winkler, Leipzig-Reudnitz, Rohlgartenstr. 36.

3 tüchtige Korbmachergehilfen auf Ballenkorbe sucht sofort bei hohem Lohn Jak. Wengler & Sohn, Kopenhagen, Vesterbrogade 42.

Suche sofort einen tüchtigen Bürstenmacher. W. Hamdorf, Bürstenmacher, Zegeberg in Holstein.

Ein toller, jüngerer und tüchtiger Zahnschneider wird als Werkmeister u. günstigen Bedingungen gesucht von Ad. Namokel, Stammfabrik, Warschau, Wielancka 13.



Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke. Titus Axen, Altona. Freislisten gratis und franko.

Zum Schutze der Organisation gründen sich am 18. März 1891 nach dem 16. deutschen Gesetz der Arbeiter auf ihr Recht...

Zabakarbeiter-Genossenschaft in Hamburg. Die Genossenschaft soll den Arbeitern...



Tischler-Fachschule (Neustadt i. Meckl.) Zeichner, Werkführer, Meister.

Neue Werke!

Bautischlerlexikon. 30 Doppeltafeln, leicht ausführbare praktische Entwürfe für das ganze Gebiet der Bautischlerei. M. 13.

Der Möbeltischler. IV. Abtheilung. 30 Tafeln Entwürfe im Maßstab 1:10 (Buntfarbenbrud), inkl. Kalkulationen und Belehrung über korrekt zu machende Kostenanschläge. M. 12.

Elf Zimmereinrichtungen verschied. Stilarten, komplet, in perspektivischer Anlage. Gruppierung ganzer Zimmer mit Dekoration dazu. Buntfarbenbrud. Preis M. 12.

E. Rettelbusch, früher Tischler, Zeichner und Werkführer. Zeichenbureau für Tischlerarbeiten (Skizzen und Werkstatzeichnungen), Details. Nürnberg, Burgschmietstraße 19.

Durch die Expedition dieser Zeitung sind zu beziehen:

Entwürfe einfacher Zimmereinrichtungen. Serie I, enth. 6 vollständige Einrichtungen auf 16 Tafeln, mit genauen Details, auf 6 Bogen. Größe 72:100. Preis M. 3,30.

Entwürfe modern. Zimmereinrichtungen. Serie II, enth. 6 vollständige Einrichtungen auf 16 Tafeln, mit genauen Details, auf 8 Bogen. Größe 72:100. Preis M. 3,30.

Da Nachnahme zu teuer ist, empfiehlt es den Betrag (M. 3,30) bei der Bestellung einzujenden.

Advertisement for Fanfaren-Harmonika featuring an illustration of the instrument and text describing its features and price (5 Mark).

200 Stück gute, prachtvolle Sumatra-Zigarren, mit langer Blätter-Einlage, schneeweißem Brand, feinem Aroma, versch. für den billigen Preis von nur M. 5,20 ab hier, 500 Stück M. 13, franko. Versand gegen Nachnahme. Garantie: Zurücknahme.

Wilhelm Quincke, Neuenrade i. Westf.

Genossen! Kaufft nur den Bleistift von Jean Bloss. Stein bei Nürnberg.



Nur Mk. 1,35 kostet dieses Nicker-Taschenmesser

(schließt durch Druck auf die kleine Klinge) Nr. 1500, mit 2 Klingen aus bestem Stahl, echt Hirschhornheft und Korkzieher, fein Neusilber-Beschlag.

Versand gegen Nachnahme.



E. von den Steinen & Cie., Wald bei Solingen 34. Stahlwarenfabrik und Versandgeschäft.

Achtung! Tischler, Polirer u. Drechsler! Granatpolitur. Sofort glashart und spiegelblank. Halbe Arbeit! „Bratsch“-Eichen-Wachsbeize in jedem Farbenton, raucht das Holz nicht auf, daher Schleifen überflüssig! „Bratsch“-Lacke, -Polituren, -Beizen, genossen hergestellt u. erprobt. Prämiiert in Berlin und Leipzig. Muster gratis! C. Bratsch, Lackfabrik, Heinitzendorf-Berlin.

Paul Horn, Hamburg Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36 Fabrik chemischer Produkte.

- List of products from Paul Horn: Mattpräparate, Monopol-Polituren, wasserechte Beizen, Politur-Glanz-Lacke, Schellack-Porenfüller, Schellack-Politur-Extrakte, Patent-Politur, Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke, Flintsteinpapiere, diverse Sorten Leim, rectifizirter Spiritus.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Der heutigen Nummer liegt ein Prospekt von der Firma Wimpfheimer & Co, Tuchausstellung, Augsburg, bei, worauf wir unsere Leser aufmerksam machen.